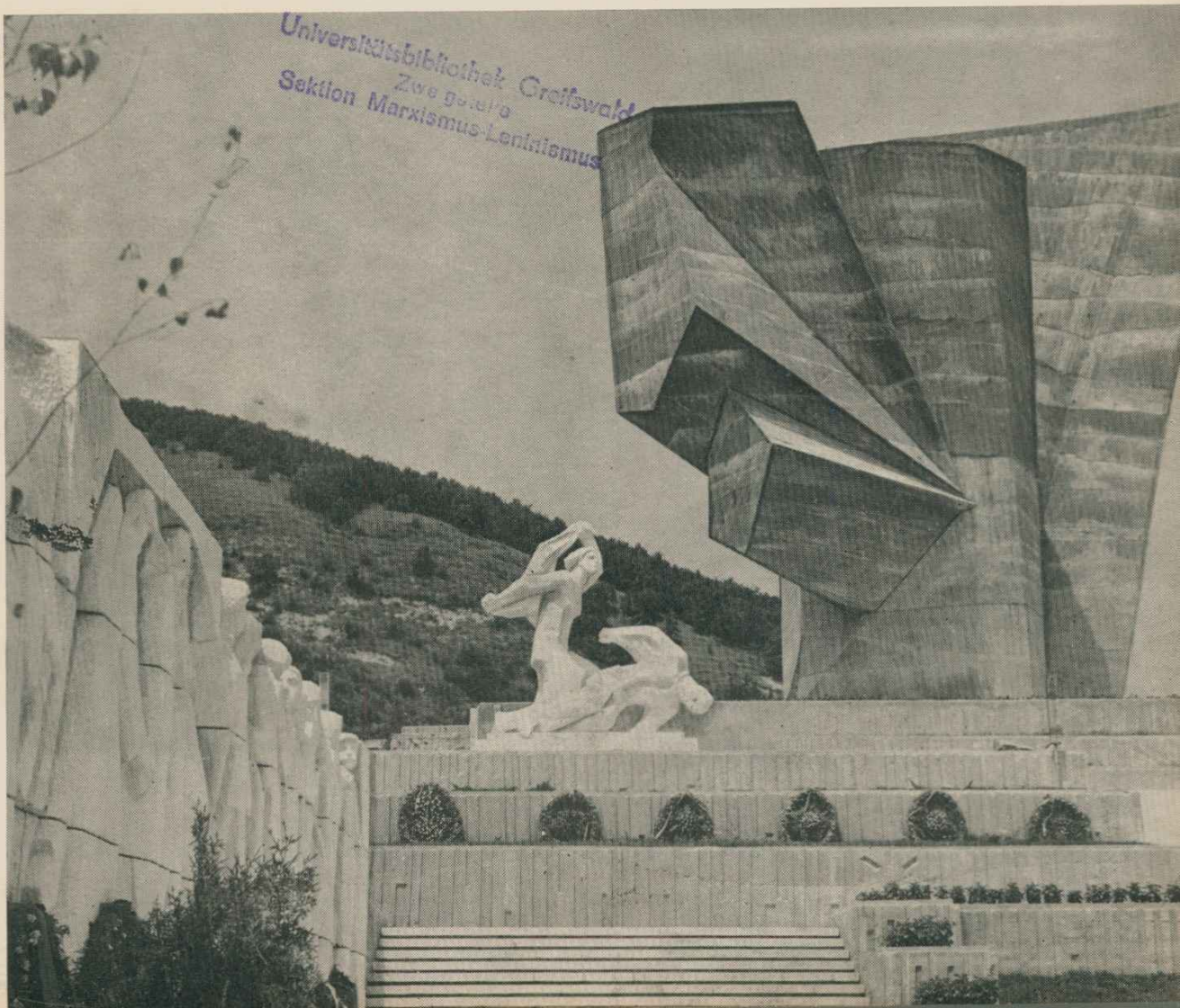
NEUE ZEIT

SIEBEN TAGE WELTPOLITIK

37

SEPTEMBER 1977

DIE ENTSPANNUNG UNTERMAUERN ★ *USA: Probleme über Probleme* ★ **DIE „ZÜGELLOSE WIRTSCHAFT" ÄGYPTENS** ★ Fidschis fliegende Füchse



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

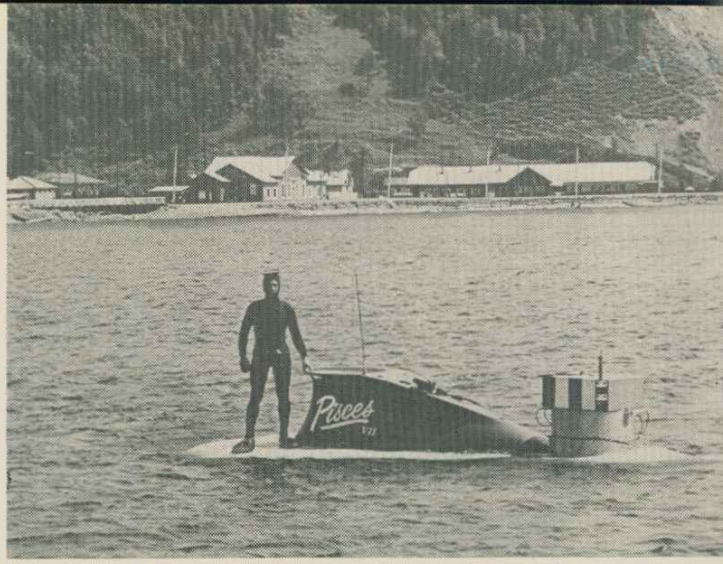
SOWJETUNION IM BILD

Seit zwei Monaten arbeitet am Baikalsee eine Forschungsexpedition, die den Grund des tiefsten und wohl rätselhaftesten Binnensees erreichen soll. Dann gibt er vielleicht einige seiner Geheimnisse preis. Bisher liegt z. B. keine überzeugende und wissenschaftlich fundierte Erklärung dafür vor, warum von den 2000 Organismen, die im See leben, über 1000 in keinem anderen Wasserbecken der Erde vorkommen.

Im Auftrag der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurde in Kanada eigens für die Expedition das Gerät „Pisces" entwickelt, das eine Tiefe von 2000 m erreichen kann. Die drei Besatzungsmitglieder können bis zu 72 Stunden an Bord bleiben. Das Gerät kann sich autonom fortbewegen und hat empfindliche Anlagen und Vorrichtungen, mit denen die Wissenschaftler den Boden erforschen, Grundproben entnehmen und die Bewohner der großen Tiefen kennenlernen können. Die Expeditionsteilnehmer tauchten bereits mehrmals, auch in eine Tiefe von mehr als 1400 m.

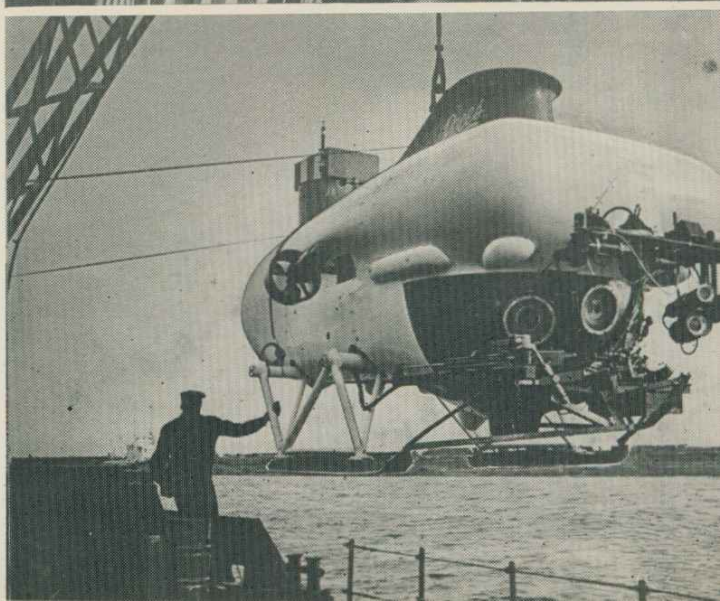
Unsere Bilder: Die „Pisces" taucht auf ◆ Der Kommandeur der Besatzung A. Podrashanski ◆ Das Gerät wird ausgesetzt ◆ Ein Abschnitt des Bodens des Baikalsees; ebene, von einer starken Schlammschicht bedeckte Oberfläche, an der Vertreter der Tiefenfauna zu sehen sind: ein Gammarus-Krebs und ein Comephorus-Fisch, der ein Druckgefälle von fast 150 at aushält.

Fotos J. Lunkow









NOCH IST ES ZEIT

Wir haben schon aufgehört, uns über die Widersprüche und Kontraste der internationalen Lage von heute zu wundern. So viele positive Wandlungen wie in den 70er Jahren hat es in der Weltpolitik noch nie gegeben. Sie wird zunehmend von Entspannungsfaktoren geformt und bestimmt. Abkommen und Verträge wurden geschlossen, die vor Augen führen: Das Wettrüsten kann sehr wohl begrenzt und unter Kontrolle gestellt werden.

Und gerade in diesem Augenblick blockiert das Pentagon die Entspannung mit Flügelraketen und der Neutronenbombe. Die neuen Todeswaffen drohen mit einem noch forcierteren Wettrüsten. Darauf eben setzt man jetzt im Pentagon und in den Hauptquartieren des Militär- und Industriekomplexes. Es geht ihnen nicht nur um zusätzliche Profite aus den neuen Aufträgen der Militaristen. Sie verfolgen auch andere Ziele: die Entspannung zu blockieren, die ihnen nach Ansicht der „Habichte" die Handlungsfreiheit nimmt; die berüchtigte militärische Überlegenheit zu erlangen, um dann den anderen ihren Willen diktieren und diejenigen bedrohen zu können, die soziale Wandlungen und die Befreiung vom imperialistischen Diktat herbeiwünschen.

Und so ist in der Höllenküche am Potomac, wo das Pentagon sein Süpplein kocht, Hochbetrieb. Flügelraketen und N-Bomben sind nicht mehr das Neueste. Im Gespräch ist der strategische Bomber FB 111. Er soll die B-1-Maschinen ersetzen, auf die man — o Opfer der Abrüstung! — verzichtet hat. An der neuen interkontinentalen ballistischen MX-Rakete, die bis zu einem Dutzend Kernsprengköpfe tragen kann, wird intensiver gearbeitet. Berichtet wird über ein weiteres Novum, kosmische Waffen.

Die *New York Times* behauptet kategorisch: „Niemand kann das persönliche Streben Präsident Carters nach nuklearer Abrüstung bezweifeln." Demnach setzt sich das Pentagon über dieses Bestreben des Präsidenten hinweg? Der erfahrene Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, meint: Wenn man die nukleare Abrüstung wirklich wolle (die Vorsätze allein, selbst die löblichsten, reichen hier aber nicht), so sei ein „Aderlaß" im Pentagon nicht zu vermeiden. Wie die „Habichte" zu behandeln sind, ist natürlich Sache der Amerikaner selbst. Eins steht jedoch fest: Niemand darf Vereinbarungen rückgängig machen, von denen der Weltfrieden hochgradig abhängt.

Die Politik findet ihre Erfüllung in Taten. Natürlich haben gute Absichten auch ihr Gewicht, und in der UdSSR würdigt man das Bestreben, das führende Staatsmänner im Westen an den Tag legen. Ebendeshalb führt Moskau geduldig und zuversichtlich die äußerst komplizierten Verhandlungen über die Einstellung des Wettrüstens, über die Abrüstung, über ein Abkommen, auf das ohne jede Übertreibung die Welt wartet: das zweite Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen. Gerade deshalb sagte Leonid Breshnew, als er die Versuche, der Welt eine neue Runde im Wettrüsten aufzuzwingen, entschieden verurteilte, in Moskau am 16. August: „Wenn irgendwo eine gute Initiative entsteht, sind wir stets bereit, sie aufzugreifen."

Zwischen den Vertretern Moskaus und Washingtons laufen gegenwärtig im Abrüstungsausschuß und auf bilateraler Grundlage Verhandlungen und Konsultationen über eine Reihe von Abrüstungsproblemen. Es geht um das vollständige und generelle Verbot der Kernwaffenteste; über das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen (darunter der radiologischen); über das Verbot der chemischen Waffen u. a. Nicht eine Rivalität bei der Produktion immer neuer Waffen, sondern gemeinsame Suche nach Mitteln und Wegen zur Rüstungseinschränkung, der Verzicht auf die Aufrüstung kann die wahre Sicherheit, ergiebige und für alle Seiten nützliche Beziehungen, gegenseitiges Verstehen und Vertrauen herbeiführen.

Die Kontraste springen ins Auge: auf der einen Seite beharrliche Pläne zur Vergrößerung der Rüstungslawine; auf der anderen beharrliche Verhandlungen über verschiedene Abrüstungsaspekte. Was wird die Oberhand gewinnen? Wahnwitz oder gesunder Menschenverstand? Aber die Völker sind nicht gewillt, abzuwarten, bis sich dieser Streit sozusagen von sich aus entscheidet. Sie greifen aktiv ein.

Das Gebot der Stunde heißt, energisch, unverzüglich die Gefahr einer Eskalation des Wettrüstens zu bannen. Diese Forderung in der ganzen Welt ist die Antwort der Welt auf die aggressiven Vorbereitungen des Pentagon.

WOCHENSCHAU

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin richteten anläßlich des Nationalfeiertages der SRV (2. September) ein Gratulationsschreiben an Ton Duc Thang, den Präsidenten der SRV, an Le Duan, den Generalsekretär des ZK der KPV, an Truong Chinh, Vorsitzenden des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, und an Ministerpräsident Pham Van Dong. In dem Schreiben heißt es, daß die sowjetischen Kommunisten und das Sowjetvolk dem vietnamesischen Brudervolk auch weiterhin die nötige Hilfe beim Aufbau des Sozialismus in Vietnam leisten werden.

Leonid Breshnew richtete ein Begrüßungsschreiben an die internationale Juristenkonferenz unter dem Motto „Recht, internationale Zusammenarbeit und Entspannung", die auf Initiative der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und der Vereinigung Sowjetischer Juristen unter Beteiligung von Delegierten aus 40 Ländern vom 1. bis zum 3. September in Moskau getagt hat. (Siehe S. 10.)

Am 2. September empfing Alexej Kossygin im Kreml indische Parlamentarier unter Führung M. Limayes, des Generalsekretärs der Janata-Partei, die mit einer Delegation der Indisch-Sowjetischen Kulturgesellschaft zu einem Monat der sowjetisch-indischen Freundschaft eingetroffen sind. Dieser ist zum 30. Jahrestag der Unabhängigkeit Indiens und zum 6. Jahrestag des sowjetisch-indischen Vertrags über Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit veranstaltet worden. Sie tauschten ihre Meinungen über die Fortentwicklung der sowjetisch-indischen Freundschaft und Zusammenarbeit sowie über internationale Probleme aus.

Am 5. September empfing Alexej Kossygin im Kreml eine Abordnung von Vertretern der Regierungen mehrerer Gebiete Italiens, die auf Einladung des Verbandes der sowjetischen Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Verbindungen mit dem Ausland in der UdSSR eingetroffen ist.

Mohamed Siad Barre, der Generalsekretär des ZK der Somalischen Revolutionären Sozialistischen Partei und Präsident der Demokratischen Republik Somalia, hielt sich vom 29. bis zum 31. August in der UdSSR auf. Er hatte Aussprachen mit Alexej Kossygin, Michail Suslow und Andrej Gromyko, wobei die Teilnehmer ihre Meinungen über Fragen austauschten, die für beide Seiten von Interesse sind.

Von der Sowjetregierung eingeladen, traf UNO-Generalsekretär Dr. Kurt Waldheim am 4. September zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. Am 5. September wurde Dr. Waldheim von Andrej Gromyko empfangen. In der Aussprache hoben sie hervor, daß sich die UNO energischer um die Erfüllung der ihr in ihrer Charta gestellten Aufgaben bemühen müsse, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten und die Gefahr eines neuen Krieges zu bannen. Am 6. September wurden die Gespräche fortgesetzt.

Eine Delegation der PLO, geführt von Yasser Arafat, dem Vorsitzenden ihres Exekutivkomitees, hielt sich vom 29. bis zum 31. August in Moskau auf, wurde von Andrej Gromyko empfangen und hatte Aussprachen beim Sowjetischen Komitee für Afro-Asiatische Ländersolidarität. (Siehe S. 8.)

Am 31. August sendeten Radio Moskau und das Zentrale Fernsehen der UdSSR erstmalig die Staatshymne, deren Text- und Musikfassung am 27. Mai 1977 vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR bestätigt wurden. Sie gilt ab 1. September als eingeführt.

Am 29. August traf Jumshagin Zedenbal, Erster Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und Präsidialvorsitzender des Großen Volkshurals, zu einem Freundschaftsbesuch in Bulgarien ein. Er traf mit Todor Shiwkow, dem Ersten Sekretär des ZK der BKP und Vorsitzenden des Staatsrates der VRB, zusammen. Dieser überreichte Zedenbal den Georgi-Dimitroff-Orden. Bei ihrem Meinungsaustausch sprachen Shiwkow und Zedenbal die Bereitschaft aus, auch weiterhin alles zu tun, um den Frieden und die Sicherheit sowie die Einheit der kommunistischen und fortschrittlichen Kräfte in aller Welt zu festigen.

Präsident Josip Broz Tito hielt sich vom 30. August bis zum 3. September zu einem offiziellen Besuch in Peking auf. Am 3. September trat er eine Reise durch China an

Vom 26. bis zum 30. August hielt sich Mohammed Resa Pehlewi, der Schah des Irans, zu einem offiziellen Besuch in der ČSSR auf. In dem Prager Kommuniqué heißt es, die Entspannung sei lebenswichtig für alle Staaten, unabhängig von ihrer geographischen Lage, ihrer Größe und Gesellschaftsordnung.

Laut Vereinbarung zwischen den Regierungen Kubas und der USA besteht seit dem 1. September in der schweizerischen Botschaft in Havanna eine Abteilung, die die Interessen der USA wahrnimmt. Gleichzeitig ist in der ČSSR-Botschaft in Washington eine die Interessen Kubas wahrnehmende Abteilung eröffnet worden.

In Nairobi (Hauptstadt Kenias) begann am 29. August eine UNO-Konferenz über die Bekämpfung des Vorrückens der Wüsten. Die Teilnehmer waren rund 1500 Delegierte und Experten aus 120 Ländern, darunter auch aus der UdSSR.

Am 31. August ist Spyros Kyprianou, der seit dem Ableben von Erzbischof Makarios die Obliegenheiten des Präsidenten der Republik Zypern versah, zum Präsidenten ernannt worden, u. zw. ohne Wahlen, weil kein anderer Kandidat für den Posten aufgestellt war. (Siehe S. 27.)

Am 5. September meldete Radio Addis Abeba, daß die äthiopischen Truppen im Raum von Jijiga (Nordosten des Landes) einen Gegenangriff eingeleitet haben. Die SONNA-Agentur meldete aus Mogadischu erbitterte Kämpfe um Goba, die Hauptstadt der Provinz Bale.

Am 5. September begann in Blackpool die 109. Tagung des Britischen Trade-Union-Kongresses. Die 1148 Delegierten vertreten 11,5 Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte. Die vorliegenden Resolutionsentwürfe zeugen von der großen Besorgnis der Gewerkschaften über die Krise der Wirtschaft Großbritanniens und von der tiefen Entrüstung der Werktätigen über das unaufhaltsame Anwachsen der Arbeitslosigkeit und Teuerung.



Die Protestbewegung gegen die unmenschliche Apartheid der südafrikanischen Rassisten erfaßt immer neue Länder. Telefoto UPI—TASS: Demonstration vor der RSA-Botschaft in London

NEUE ZEIT

Universitätsbibliothek Greifswald
Zugangsstelle
Sektion Marxismus-Leninismus

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 37 SEPTEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär), **A. Ignatow, G. Kaschojan** (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjawski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski.**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

**Verlag der Zeitung „Trud"
Moskau**

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP. Plostschadj Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Noch ist es Zeit 1
M. Lwow — **Der Entspannung festen Boden geben** 4
W. Truchanowski — **20 Jahre Pugwash** 8
J. Tjunkow — **UdSSR—PLO: Stabile Unterstützung** 8
B. Pistschik — **Mensch, Recht, Frieden** 10
W. Tretjakow — **Indien: Im Spiegel des Etats** 10
A. Skorodumow — **RSA: Vom Browning zur Bombe** 12
J. Gudkow — **USA: Probleme, Probleme...** 13
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare 16
W. Kurassow — **Wie ein Gesetz entsteht** 18
V. Gustschin — **Bulgarien: Im Tal der Rosen** 20
S. Andrejew — **Ägypten: „Zügellose Wirtschaft"** 23
B. Tschechonin — **Australien: Heiße Themen** 26
Biographisches: **Spyros Kyprianou** 27
O. Ignatjew — **Fidschis fliegende Füchse** 28
Diskussion mit dem Leser 30
PS 32

Am 9. September begeht Bulgarien den 33. Jahrestag seiner sozialistischen Revolution. Das bulgarische Volk bewahrt ihren Landsleuten und den sowjetischen Soldaten, die im Kampf gegen die Faschisten gefallen sind, ein ehrendes Andenken. Titelbild: Denkmal für die Freiheitskämpfer im Dorf Strashiza (Kreis Wiliki Tyrnowo).

Foto Sofia Press

DER ENTSPANNUNG FESTEN BODEN GEBEN

Zum bevorstehenden Treffen in Belgrad

M. LWOW

Am 8. Juli d. J. sagte Leonid Breshnew in seiner Ansprache vor den Chefs der diplomatischen Vertretungen in Moskau: „Die Menschheit kann ins 21. Jahrhundert unter den Verhältnissen eines wie nie zuvor festen Friedens schreiten." Dazu müßten allerdings der Realismus in der Politik und der Wille zu Entspannung und Fortschritt die Oberhand gewinnen. Die Sowjetunion werde alles tun, damit das in Erfüllung geht.

Weite Kreise der Weltöffentlichkeit nahmen diese Ansprache als Ausdruck des historischen Optimismus des Sowjetvolkes und seiner Kommunistischen Partei auf, zugleich aber auch als einen bedeutsamen historischen Orientierungspunkt für die weitere Intensivierung der Friedensaktionen, für die Vertiefung und Erweiterung der internationalen Entspannung, die endgültige Überwindung des kalten Krieges und die allseitige Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Es ist eine grandiose Aufgabe, zu erreichen, daß der Frieden zu Beginn des 21. Jahrhunderts fester als je zuvor ist, daß unsere Kinder und Nachkommen empfinden können, auf wie festem Boden die friedlichen zwischenstaatlichen Beziehungen stehen. Will man diese Aufgabe bewältigen, so gilt es, jetzt und in den bevorstehenden Jahren viele Fragen der zwischenstaatlichen Beziehungen zu regeln und komplizierte internationale Probleme zu lösen. Die Situation heute ist aber anders als in den 60er Jahren und erst recht in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Heute können sich die Staaten auf die bereits beträchtlichen Ergebnisse der Entspannung stützen, die eine Komponente der zwischenstaatlichen Beziehungen bilden.

Das bedeutet nicht, daß der weitere Vormarsch zu einem festen Frieden gesichert sei. Auf dem internationalen Schauplatz wirken Staaten mit unterschiedlichen sozialen Systemen, historischen Erfahrungen und Interessen, nicht nur die Kräfte des Friedens und der Entspannung, sondern auch die Elemente, die ihnen gegenüberstehen. Deshalb kostet jeder Schritt vorwärts komplizierte Auseinandersetzungen, deshalb erfordert er gezielte, beharrliche und vielseitige Bemühungen, und so wird es auch weiter sein.

Nichts veranschaulicht so sehr die **aktuelle Situation** im Kampf um die Vertiefung und Festigung der Entspannung in Europa, das auf diesem Weg weiter als die anderen Kontinente vorangekommen ist.

Eindrucksvolle Bilanz

In den letzten zehn Jahren ist in Europa wirklich viel getan worden und sind wesentliche Veränderungen eingetreten.

Die Grundfragen der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten und der BRD wurden geregelt, im politischen Leben Europas hat sich das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen verankert. Das Vierseitige Abkommen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs hat dem Problem Westberlin, das lange Zeit ein Herd der Unruhe und Labilität im Zentrum des Kontinents war, die Schärfe genommen. Die bilateralen Beziehungen zwischen praktisch allen europäischen Staaten haben sich in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur merklich entwickelt.

Dank den beharrlichen und konsequenten Schritten vieler Staaten wurde es möglich, den schon in den 50er Jahren ausgesprochenen Gedanken einer gesamteuropäischen Konferenz zu verwirklichen. Zum erstenmal in der Geschichte kamen auf dieser Konferenz alle europäischen Staaten, die USA und Kanada als gleichberechtigte Partner zusammen. Die Schlußakte, die in Helsinki angenommen und auf höchster Ebene unterzeichnet wurde, war das Ergebnis einer gewaltigen und äußerst komplizierten Arbeit der Konferenzteilnehmer.

Danach begann die Realisierung der konkreten Bestimmungen der Schlußakte. Die zehn Prinzipien der Beziehungen zwischen den KSZE-Staaten schlagen im europäischen politischen Boden feste Wurzeln. Sie erstarken, weil die UdSSR diese Prinzipien in vollem Umfang in den Entwurf ihrer neuen Verfassung aufgenommen hat. Die politischen Kontakte und Konsultationen zwischen den Teilnehmerstaaten dehnen sich aus und fördern die gegenseitige Verständigung. Um das Vertrauen zu festigen, benachrichtigen die Staaten einander im voraus über ihre großen militärischen Manöver, entsenden Beobachter zu einigen davon und tauschen militärische Delegationen aus. Der Umfang des Handels nimmt zu, die wissenschaftlich-technischen Verbindungen und der Kulturaustausch erweitern sich, Maßnahmen werden getroffen, um die zwischenmenschlichen Kontakte und den Informationsaustausch zu intensivieren. Nur zwei Jahre sind seit der Unterzeichnung der Schlußakte vergangen, bei ihrer Realisierung lassen sich aber bereits merkliche Resultate feststellen. Die Aussichten sind ebenfalls ermutigend.

Darf man demnach sagen, daß Europa die größten Schwierigkeiten schon hinter sich hat, daß sein weiterer Vormarsch zur Entspannung und Zusammenarbeit gesichert und der Prozeß selbst unumkehrbar ist? Nein, das Leben berechtigt noch nicht zu einem solchen Schluß. Ebenso wie bisher muß jeder Schritt erkämpft werden. Die Kräfte, die seinerzeit der Normalisierung der Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der BRD im Wege standen, die Einberufung der gesamteuropäischen Konferenz und die gemeinsame Abfassung und Annahme der Schlußakte zu verhindern suchten, sind heute mindestens ebenso eifrig bemüht, die Gesundung der Lage in Europa und seine Vorwärtsbewegung zur Sicherheit und Zusammenarbeit zu stören.

Im Sinne der Schlußakte

Betrachten wir z. B. die Vorbereitung zum *Belgrader Treffen der KSZE-Staaten*. Man sollte meinen, alles ist klar. In der Schlußakte wurde festgelegt: Der von der Konferenz eingeleitete mehrseitige Prozeß wird durch einen vertieften Meinungsaustausch fortgesetzt, sowohl über die Erfüllung der Schlußakte und der von der Konferenz definierten Aufgaben als auch im Zusammenhang mit den von ihr behandelten Fragen, ferner über die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen, die Verbesserung der Sicherheit, die Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa und die Entwicklung der Entspannung in der Zukunft. Zur Realisierung eines solchen Meinungsaustausches vereinbarten die Teilnehmerstaaten Zusammenkünfte zwischen ihren Vertretern, angefangen mit der Ebene von Vertretern, die durch Außenminister benannt werden. Ein solches Treffen wird denn auch in Belgrad stattfinden.

Es ist wichtig, daß das Belgrader Treffen, das erste nach Annahme der Schlußakte, gut verläuft. Das ist ebenso selbstverständlich wie der Zweck des Treffens: der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa neue Impulse zu geben. Dies ist von Anfang an der Standpunkt der sozialistischen Staaten, die in der Warschauer Vertragsorganisation vereinigt sind. In ihrer Bukarester Deklaration vom 26. November 1976 sprachen sie sich einmütig dafür aus, in Belgrad positive Erfahrungen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei der Lösung der in der Schlußakte festgelegten Aufgaben zu besprechen und auf multilateraler Grundlage den Meinungsaustausch über weitere Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen. Viele westeuropäische Staaten, darunter die Neutralen und die Nichtpaktgebundenen, haben im Grunde ähnliche Ansichten über die Ziele des Belgrader Treffens geäußert.

Zu gleicher Zeit zeigte sich eine andere Tendenz. In einigen westlichen Ländern, vor allem in den USA, startete man eine Kampagne dafür, das Belgrader Treffen zu einem Instrument der Kontrolle der einen Staaten über die anderen zu machen, zu einem Ort, wo Ansprüche in bezug auf die inneren Zustände in diesen oder jenen Staaten erhoben und allerlei Belehrungen, z. B. zum Thema Menschenrechte, erteilt werden.

Das ist natürlich beunruhigend. Nicht, daß die sozialistischen Staaten Schwierigkeiten hätten, die Prinzipien und Vereinbarungen von Helsinki zu realisieren; ihre diesbezüglichen Erfahrungen könnten durchaus als Muster dienen. Auch könnten die sozialistischen Länder nicht wenig über die Haltung mancher westlicher Länder zu den Helsinki-Beschlüssen sagen, darunter über die Menschenrechte, die zwischenmenschlichen Kontakte und den Informationsaustausch. Wozu würde jedoch eine solche Polemik in Belgrad führen?

Doch nur zu Reibungen und Komplikationen zwischen den Staaten, zur Verschlechterung des politischen Klimas. Das aber läge nur im Interesse der Entspannungsgegner.

Wirksame Maßnahmen waren notwendig, um die Vorbereitung zum Belgrader Treffen nicht von dem Weg abbringen zu lassen, der dem Geist und Buchstaben der Schlußakte entspricht. Ende Mai d. J. erörterte das Außenministerkomitee der Warschauer Vertragsstaaten Fragen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen. Die Staaten, die auf der Sitzung vertreten waren, brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck: Das Treffen von Belgrad müsse der Zukunft zugewandt sein und von der Sorge um Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa getragen werden. Sie erinnerten daran, daß das Treffen die Aufgabe hat, das gegenseitige Verstehen und Vertrauen zwischen Völkern und Staaten zu festigen, und daß seine Arbeit konstruktiven Charakter tragen müsse. Ferner schlugen sie vor, in Belgrad die positiven Erfahrungen bei der Durchsetzung der Prinzipien und Vereinbarungen von Helsinki zu analysieren und sich auf dem Boden der Schlußakte über konkrete Vorschläge und Empfehlungen zur weiteren Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit zu einigen.

Am 15. Juni begann in Belgrad die Vorbereitungsphase des Treffens. Sofort war es klar, welche Fragen umstritten sein werden. Zwar standen nur Organisations- und Verfahrensprobleme zur Diskussion: das Datum, die Dauer, die Tagesordnung des Haupttreffens u. ä. Aber in der Weltpolitik haben auch solche Probleme keineswegs zweitrangige Bedeutung. Das Verfahren legt Rahmen und Verlauf für die eigentliche Untersuchung der Probleme fest, und das wirkt sich hochgradig auf die politischen Resultate aus.

Einige Staaten versuchten in der Vorbereitungsphase, in der Tagesordnung die Erfüllung der Schlußakte von den Fragen der weiteren Entspannung zu trennen, ferner einen schwerfälligen organisatorischen Mechanismus des Treffens zu schaffen und weder die Dauer des Treffens noch die der Tätigkeit seiner Hilfsorgane zu beschränken. Wären solche Vorschläge den Beschlüssen der Vorbereitungsphase zugrunde gelegt worden, würde das Belgrader Treffen am ehesten zu einer endlosen Debatte mit gegenseitigen Ansprüchen und Gegenansprüchen, Anklagen und Gegenanklagen ausarten und damit seinen Sinn als wichtiges Grundelement bei der Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki verlieren.

Es bedurfte großer Anstrengungen, um die Entscheidung der Organisations- und Verfahrensfragen in eine Bahn zu lenken, die den positiven Aufgaben der Schlußakte entspricht. Diese Anstrengungen haben sich gelohnt. Das am 5. August angenommene Schlußdokument der Vorbereitungsphase formuliert im Einklang mit der Schlußakte die Tagesordnung des Treffens, legt fest, daß Plenarsitzungen sein Hauptorgan sein werden, schafft einen funktionalen Arbeitsmechanismus mit begrenzter Funktionsdauer und legt die allgemeine Dauer des Treffens auf 12 Wochen (vom 4. Oktober bis zum 22. Dezember 1977) fest, wobei die Möglichkeit zugelassen wird, seine Arbeit Mitte Januar wiederaufzunehmen und Mitte Februar 1978 abzuschließen.

Das sind gute, vom Geist des Realismus und der Zusammenarbeit geprägte, wenn auch noch nicht endgültige Resultate. Nun hängt alles davon ab, mit welchem Inhalt die in der Vorbereitungsphase erarbeiteten Organisations- und Verfahrensformen des Belgrader Treffens erfüllt werden. Das Treffen darf nicht in die Bahn politischer Konfrontation gedrängt werden, aber noch mehr geht es darum, Vorschläge und Empfehlungen auszuarbeiten, die zur weiteren Verwirklichung der Vereinbarungen von Helsinki und zur weiteren Entspannung beitragen.

Die Hand der NATO in Wien

Von außerordentlicher Bedeutung für eine zuverlässige Friedensstruktur auf dem europäischen Kontinent

wäre es, bei den *Wiener Verhandlungen über den Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa* möglichst rasch zu einer Einigung zu kommen. Praktisch sind es gegenwärtig die wichtigsten Gespräche über die militärische Entspannung in Europa. Ihr positiver Verlauf wäre deshalb so wichtig, weil in Europa die Truppen und Rüstungen der einander gegenüberstehenden militärisch-politischen Gruppierungen — der NATO und des Warschauer Vertrages — in Riesenmassen konzentriert sind. Diese Kräfte befinden sich in einem Gleichgewicht, das allerdings nicht statisch, sondern dynamisch ist. Das vom NATO-Block entfesselte und angeheizte Wettrüsten in Europa nötigt die andere Seite, ihre Sicherheit zu festigen. Das Niveau der militärischen Konfrontation in Europa steigt, anstatt zu fallen. Natürlich spielen die Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens, die nach der gesamteuropäischen Konferenz getroffen werden, eine positive Rolle. Aber es sind eben keine Schritte zur Abrüstung, ja nicht einmal zur Einschränkung oder Bremsung der Rüstungen.

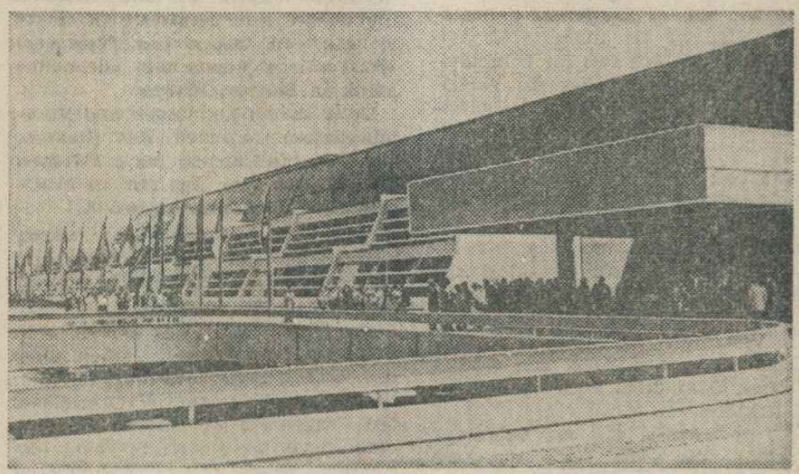
Alle Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz hatten anerkannt, daß nach Wegen gesucht werden müsse, die militärischen Spannungen in Europa zu vermindern. In der Schlußakte verkündeten sie ihr Intersse an Bemühungen um die Verminderung der militärischen Konfrontation und um die Förderung der Abrüstung, zu dem Zweck, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu festigen. Im Grunde ist das eine direkte Weisung an die Wiener Gesprächspartner. In diesem Sinne ergriffen die sozialistischen Länder bald nach der KSZE neue Initiativen in Wien, präzisierten ihre Vorschläge, kamen in einigen Aspekten den Wünschen der Westmächte entgegen, wobei sie sich genau von dem vereinbarten Prinzip, keiner der Seiten Schaden zuzufügen, und von den Interessen der Sicherheit aller europäischen Staaten leiten ließen.

Und doch treten die Wiener Gespräche auf der Stelle. Zwei- und dreimonatige Runden wechseln einander ab, ohne einen Fortschritt zu bringen. Dafür gibt es nur einen Grund: Die westlichen Verhandlungspartner beharren auf ihrer völlig unkonstruktiven Position. Während die sozialistischen Länder, ausgehend vom gegenwärtigen militärischen Gleichgewicht in Mitteleuropa, vorschlagen, sein Niveau allmählich zu senken, möchten die westlichen Staaten die Lage zu ihren Gunsten verändern. Diesen Zweck hat ihre Forderung, die UdSSR solle aus Mitteleuropa nachgerade dreimal soviel Truppen wie die USA abziehen. Der gleiche Sinn liegt in ihrer Formel der „kollektiven Limite", die einigen NATO-Staaten, die im Raum der Einschränkungen liegen, die Möglichkeit geben, die Stärke ihrer Truppen sogar noch zu steigern.

Die Haltung der Westmächte bei den Wiener Gesprächen wird unverkennbar in den leitenden NATO-Kreisen geformt, wo nur der eine Wunsch herrscht: eine militärische Überlegenheit zu erreichen.

Die Hand der NATO lenkt offensichtlich die Politik der Westmächte auch in bezug auf den bekannten Vorschlag der Warschauer Vertragsstaaten, daß alle KSZE-Staaten sich verpflichten, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen einzusetzen. Wer wüßte noch nicht, daß der NATO-Rat diesen Vorschlag schon ein paar Tage später als „inakzeptabel" abstempelte, ohne ihn auf sein Wesen hin geprüft zu haben. Dabei entspricht er den Lebensinteressen aller europäischen Völker und aller KSZE-Staaten, denn keiner von ihnen ist gegen den Kernkrieg gefeit, wenn es so weit kommen sollte. Überdies fügt sich der Vorschlag in die UNO-Erklärungen über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen ein, und diese Erklärungen bringen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Erdbevölkerung zum Ausdruck.

Ein weiterer wichtiger Aspekt wäre zu betonen. Andrej Gromyko verwies bereits im Dezember 1976 darauf, daß der Abschluß eines Vertrages darüber, nicht als erste gegeneinander Kernwaffen anzuwenden, auch die Wiener Gespräche voranbringen würde. Wie er sagte, sei es zweierlei, ob verhandelt werde, wenn ein solcher Vertrag nicht vorliege, oder die Verhandlungspartner sicher seien, daß Kernwaffen nicht gegen sie zum Einsatz kämen.



Der Kongreßpalast in Belgrad, wo am 4. Oktober das Treffen beginnt
Foto TASS

Neun Monate sind seit dieser Erklärung des sowjetischen Außenministers vergangen. Hat man in den westlichen Hauptstädten ihren Sinn und ihre Bedeutung noch immer nicht begriffen?

Wenn ein realer Fortschritt bei der Erreichung einer militärischen Entspannung in Europa nicht zu verzeichnen ist, dann bedarf es doppelter, ja dreifacher Anstrengungen aller Kräfte, die nicht in Worten, sondern mit Taten bereit sind, am Gebäude des europäischen Friedens mitzubauen.

Aussichtsreich

Damit dieses Gebäude stabil ist, müssen weitere großangelegte Initiativen folgen, um die gesamteuropäische Zusammenarbeit in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik auszubauen. In dieser Hinsicht wurde in den letzten Jahren sowohl bi- als auch multilateral nicht wenig getan, doch wird überall zugegeben, daß dies nur der Anfang ist.

Gegenwärtig kristallisieren sich mehrere Hauptrichtungen heraus.

Erstens ist es der Kampf für die Realisierung des sowjetischen Vorschlags über die Abhaltung **gesamteuropäischer Kongresse oder Konferenzen über die Zusammenarbeit in Umweltschutz, Transport und Energetik.** Weite politische und öffentliche Kreise der europäischen Staaten wissen die anziehenden Aspekte dieses Vorschlags zu schätzen. Es war auch von Anfang an klar, daß er mit den Vereinbarungen jenes Kapitels der Schlußakte übereinstimmt, das die Probleme der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umweltschutz behandelt.

Aber der sowjetische Vorschlag stieß auf ostentative Skepsis der wichtigsten westlichen Länder. Anstatt seine Vorzüge und Möglichkeiten nüchtern zu erwägen und gemeinsam über die wirksamsten Mittel und Wege zu seiner Verwirklichung nachzudenken, bezogen die westlichen Länder den Standpunkt, hinter dem sowjetischen Vorschlag steckten unklare politische Ziele, und man verstehe nicht, was die UdSSR mit dieser Initiative erreichen wolle und wozu. Es gab auch direkte Fälschungen, z. B. die grundlose Behauptung, die UdSSR wolle mit ihrem Vorschlag über gesamteuropäische Kongresse zu Fragen von Umweltschutz, Transport und Energetik ein Gegengewicht zur UNO-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) schaffen, die sich ebenfalls mit diesen Fragen beschäftigt.

Anderthalb Jahre lang mußte der sowjetische Vorschlag geduldig erläutert werden, damit es schließlich zu seiner aufmerksamen Prüfung (auf der 32. ECE-Tagung im April 1977) kam. Danach war es schon unmöglich, gegen ihn etwas einzuwenden. Die ECE faßte einen Beschluß über die Abhaltung einer gesamteuropäischen Konferenz auf hoher Ebene zu Fragen des Umweltschutzes, und zwar im ECE-Rahmen. Der Apparat der Kommission mit dem Exekutivsekretär an der Spitze erhielt den Auftrag, die praktischen Fragen der Vorbereitung, darunter die Ausarbeitung der Tagesordnung, zu studieren. Der endgültige Beschluß über die Umweltschutzkonferenz soll auf der nächsten ECE-Tagung Anfang 1978 gefaßt werden. Auf der Tagesordnung bleibt der Vorschlag über die Abhaltung ähnlicher Konferenzen zu Fragen des Transports und der Energetik, der noch zu erörtern ist.

Jetzt konzentriert sich die Vorbereitung zur gesamteuropäischen Konferenz über den Umweltschutz auf die Auswahl von Problemen, die in die Tagesordnung aufzunehmen sind. Demnächst sollen die Erwägungen aller interessierten Staaten einer Zusammenkunft der ältesten Regierungsräte der ECE-Mitglieder vorgelegt werden.

Eine weitere wichtige Richtung ist **der Ausbau der Kontakte zwischen dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.** Die beiden Wirtschaftsgruppierungen existieren in Europa, noch genauer, sie koexistieren. Folglich kommt es darauf an, die Beziehungen zwischen ihnen zu regeln, die Prinzipien und Methoden der Zusammenarbeit festzulegen, die den Handel und die anderen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern.

Deshalb wandte sich der RGW im Februar 1976 an den Gemeinsamen Markt mit dem Vorschlag, über ein Abkommen betreffs der Grundlagen der Beziehungen zu verhandeln. Der RGW unterbreitete auch den Entwurf eines solchen Abkommens, das gleichberechtigt, von umfassender Thematik und realistisch war. Doch vergingen viele Monate, bevor die leitenden EWG-Instanzen auf diese konstruktive Initiative überhaupt reagierten. Man merkte, daß bestimmte Kreise die Sache einfach hinauszögerten. Im November 1976 wurde schließlich bekanntgegeben, im Prinzip stehe die EWG positiv zu Verhandlungen, nur sollten ihr Rahmen enger gehalten und die Ausmaße eines eventuellen Abkommens reduziert werden. Seitdem unternahm der RGW weitere Schritte, um die Verhandlungen näher zu bringen. Jetzt zeichnet sich die Möglichkeit der Verhandlungen praktisch ab, obwohl der Widerstand gegen die Normalisierung des Verhältnisses RGW—EWG in den westlichen Ländern noch besteht.

* * *

Wir haben also mehrere Richtungen genannt, in denen in letzter Zeit aktive Anstrengungen unternommen werden, um die Entspannung in Europa zu vertiefen, den Frieden und die Sicherheit zu festigen und die Zusammenarbeit auszubauen. Es bestehen auch andere, ebenfalls aktuelle und aussichtsreiche Richtungen. In den einen ist der erzielte Fortschritt größer, in den anderen kleiner, aber die Möglichkeit dafür ist objektiv überall gegeben. Heutzutage hat niemand das Recht, gegen die Entspannung ein Veto einzulegen, obwohl sich bestimmte Kräfte den praktischen Entspannungsschritten zweifellos auch weiterhin widersetzen werden.

Die weitere Entspannung in Europa ist unser aller Anliegen. Das politische Kapital der Entspannung ist unser aller Kapital. Gerade dieser ehrliche und prinzipienfeste Standpunkt ist in den wichtigen sowjetisch-französischen Dokumenten verankert, z. B. in der sowjetisch-französischen Erklärung über die internationale Entspannung, die im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Breshnew und Giscard d'Estaing am 22. Juni 1977 in Rambouillet abgegeben wurde. Dieses Dokument ist eine deutliche Antwort an alle, die die Entspannung und die entsprechende Politik zu torpedieren suchen und behaupten, davon profitiere nur die UdSSR, und überhaupt verstünde der Westen unter Entspannung etwas völlig anderes als die sozialistischen Länder. In ihrer gemeinsamen Erklärung bekennen sich die UdSSR und Frankreich, zwei Staaten mit verschiedenem sozialem System, zur internationalen Entspannung und setzen sich für die Verstärkung der entsprechenden Anstrengungen ein; mehr noch, sie brachten auch die gleiche Auffassung vom Inhalt des Entspannungsprozesses zum Ausdruck. Die Bedeutung dieser Tatsache ist nicht hoch genug zu veranschlagen.

Der Kampf für die Vertiefung der internationalen Entspannung, für die Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt wird um des heutigen und morgigen Tages willen geführt. Nach Leonid Breshnews Rede bei der Zusammenkunft mit dem diplomatischen Korps in Moskau spürte man mit einem Mal deutlicher den Odem des nahenden neuen Jahrhunderts, wurde die Erkenntnis klarer, daß seine politischen Realitäten schon jetzt untermauert werden müssen. Eigentlich sollte das den Politikern, die den Kurs der Staaten festlegen und ihn in ihren zwischenstaatlichen Beziehungen steuern, noch größere Verantwortung für ihre Handlungen, für ihre Worte und Taten auferlegen.

Der Frieden muß und kann gefestigt werden. Man muß nur etwas dafür tun.

20 JAHRE PUGWASH

Am 29. August gelangte die 27. Pugwash-Konferenz in München zum Abschluß. Die Teilnehmer waren 223 namhafte Wissenschaftler aus 47 Ländern. Die Pugwash-Konferenzen sind eine internationale Bewegung von Wissenschaftlern für Frieden, Abrüstung, Sicherheit der Völker, für Verhütung eines thermonuklearen Weltkriegs und für wissenschaftliche Zusammenarbeit. Sie entstand vor 20 Jahren, kurz nach dem bekannten Appell von Bertrand Russell, Albert Einstein und Frédéric Joliot-Curie zum Kampf für die Verhütung eines thermonuklearen Weltkriegs. Benannt ist sie nach dem Tagungsort der ersten Wissenschaftlerkonferenz, dem kanadischen Dorf Pugwash. Sie tagte dort im Hause des bekannten amerikanischen Geschäftsmannes und prominenten Teilnehmers am öffentlichen Leben Cyrus Eaton.

Welches Thema hatte die 27. Konferenz? Wie verlief sie, und was hat sie beschlossen? Diese Fragen richtete unsere Kommentatorin Jelena Knorre an Wladimir TRUCHANOWSKI, Korrespondierendes Mitglied der AdW der UdSSR und Mitglied des Rates der Pugwash-Bewegung.

Sie hat in München in einer schwierigen Situation getagt. Das Vorgehen der neuen US-Regierung hat die Entspannung in gewissem Sinne abgebremst und das Wettrüsten aufgeschaukelt. Auch konnten gewisse Propagandakampagnen der bürgerlichen Presse manche Wissenschaftler des Westens beeinflussen. Dennoch war die 27. Konferenz ein ausgesprochener Erfolg, wovon die Stellungnahmen der meisten Teilnehmer zu den wichtigsten und aktuellsten Fragen zeugen.

In München verurteilten die Wissenschaftler entschieden die Absicht der US-Regierung, Waffen wie die Neutronenbombe und die Flügelrakete zu entwickeln. Wie der bekannte amerikanische Physiker Bernard Feld, Generalsekretär der Pugwash-Bewegung, mit Recht sagte, ist es notwendig, auf solche Massenvernichtungswaffen das Genfer Protokoll von 1925 und die Haager Abkommen auszudehnen. Sprach die Wissenschaft früher von einem Verbot der A-, B- und C-Waffen (Atom-, Bakterien- und chemischen Waffen), so müsse man jetzt D-, d. h. Detonationswaffen hinzufügen, zu denen zweifellos die Neutronenbombe und die Flügelraketen mit Kernsprengköpfen zählen.

Eric Burhop, Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler, forderte zweimal dazu auf, ein Verbot der Neutronenwaffe zu verlangen, und hob hervor, daß das keine Verteidigungs-, sondern eine Angriffswaffe ist. Stark beeindruckt waren die Konferenzteilnehmer vom Schlußwort der Präsidentin der Pugwash-Bewegung, Trägerin des Nobelpreises, Mrs. Dorothy Hodgkin (England). Sie sagte u. a., kein humaner Politiker könne eine derart unmenschliche Waffe rechtfertigen.

In München wurde ein neues Aktionsprogramm beschlossen, wie es einmal in fünf Jahren bestätigt wird. Darin ist festgestellt, daß „das Problem der Abrüstung und die damit zusammenhängenden Fragen einer Gewährleistung der Sicherheit das Hauptanliegen der Pugwash-Bewegung bleiben". Die Konferenz betonte, daß die Wissenschaftler neue Bemühungen machen müssen, um das Wettrüsten zum Stillstand zu bringen und einen Abbau sowie eine Vernichtung der Kernwaffen aller Art zu erwirken.

Die Konferenz gab ein Urteil über die weltpolitische Entwicklung in den 20 Jahren ab, die die Pugwash-Bewegung besteht, sie hob die Wichtigkeit der erzielten internationalen Entspannung hervor und stellte der Bewegung die Aufgabe, darauf hinzuwirken, daß sie nicht rückgängig gemacht werden kann. Ferner wurde beschlossen, den Beziehungen zwischen den industriell entwickelten und den Entwicklungsländern künftig größere Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Konferenzteilnehmer haben erklärt: „Wir sind überzeugt, daß man eine Welt ohne Kriege aufbauen kann." ■

STABILE UNTERSTÜTZUNG

Das Vorgehen Israels auf den okkupierten arabischen Territorien und seine verstärkten Provokationen in Südlibanon haben die Spannungen im Nahen Osten erneut verstärkt. Diese Situation war ein Hauptthema der Verhandlungen in Moskau vom 29. bis zum 31. August während des Besuchs einer PLO-Delegation unter Yasser Arafat, Vorsitzender des PLO-Exekutivkomitees. Bei einer Zusammenkunft der Delegation mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU Außenminister Andrej Gromyko wurden Meinungen über mehrere Fragen, vor allem über das Problem eines gerechten und dauerhaften Nahostfriedens, ausgetauscht.

Andrej Gromyko bestätigte den konsequenten und prinzipienfesten Kurs der UdSSR auf eine umfassende gerechte Nahostregelung, deren integrierender Bestandteil die Gewährleistung der legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina ist, darunter sein Recht auf Selbstbestimmung, die Schaffung eines eigenen Staates und die Rückkehr in die angestammten Lande gemäß den vorliegenden UNO-Resolutionen.

Wie bei den Moskauer Verhandlungen mit Besorgnis konstatiert wurde, „wächst die Gefahr für die Sache des Friedens im Nahen Osten täglich infolge der nicht abreißenden Versuche Israels und seiner Schutzpatrone, eine gerechte Nahostregelung zu blockieren und die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz hinauszuschieben". Es werden, stellten die Verhandlungsteilnehmer fest, „Ideen vorgebracht, die Situation im Nahen Osten ohne Teilnahme von Vertretern der PLO und der UdSSR zu erörtern". Zugleich zeuge die Entwicklung in und um Nahost in letzter Zeit davon, daß eine Komplexlösung aller Nahostprobleme nur auf der Genfer Friedenskonferenz unter Beteiligung aller unmittelbar daran interessierten Seiten, darunter der Palästinensischen Befreiungsorganisation als der anerkannten Ver-

treterin des arabischen Volkes von Palästina, gewährleistet werden kann. Das wurde bei den Moskauer Verhandlungen besonders hervorgehoben.

Den Verhandlungen ging bekanntlich eine Tagung des PLO-Zentralrates (Damaskus, 25./26. August) voraus. Abdel Mohsen Abu Meizer, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, sagte mir über ihre Ergebnisse:

„Das wichtigste Resultat der Tagung besteht darin, daß die gegenwärtigen antiarabischen Pläne der Imperialisten und Zionisten enthüllt



A. Gromyko und Y. Arafat vor den Gesprächen

Foto S. Kossyrew

wurden. Wir prüften die Vorschläge und Entwürfe, die US-Außenminister Vance bei seiner kürzlichen Nahostreise unterbreitete. Aus Informationen, über die wir verfügen, ist ersichtlich, daß die US-Vorschläge nichts anderes als Billigung des israelischen Expansionismus und den Interessen der Araber, darunter denen von Palästina, diametral entgegengesetzt sind. Wir haben uns davon überzeugt, daß die USA keinen guten Willen und kein aufrichtiges Interesse an der Herstellung eines gerechten und festen Friedens in unserer Region an den Tag legen. Wie aus den Erklärungen von Vance hervorgeht, setzt man sich amerikanischerseits völlig über die legitimen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina hinweg. Der Zentralrat hat all das gründlich erörtert und entschieden erklärt, daß er die US-Vorschläge über eine Nahostregelung, wie Vance sie formuliert, ablehnt.

Außerdem erörterte der PLO-Zentralrat die letzten Vorgänge auf den okkupierten arabischen Territorien, u. a. die Anlegung neuer israelischer Siedlungen und die Ausdehnung der israelischen Rechtsprechung auf diese Territorien. Das beweist erneut die Absicht Israels, die besetzten Gebiete zu annektieren. Wir stellten auch fest, daß Israel seine Aktionen zu einer Zeit unternimmt, da die USA den Arabern die eigenen Regelungspläne aufzwingen wollen."

Weiter sagte Abu Meizer, die Tagung habe die Festigung der Verbindungen mit den befreundeten Staaten gewürdigt, die Verständnis für die Probleme der Organisation und deren Kampf für die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes zeigen. Der Besuch der PLO-Delegation in der Sowjetunion sei die praktische Realisierung des dazu angenommenen Beschlusses.

Während des Besuchs sprach Yasser Arafat „der Sowjetunion seinen tiefen Dank dafür aus, daß sie den Kampf des arabischen Volkes von Palästina für seine unveräußerlichen nationalen Rechte und den Zusammenschluß seiner Reihen aktiv und allseitig unterstützt". In einem Interview für die TASS sagte Arafat u. a.: „Die arabischen Völker, das Volk Palästinas achten und ehren Leonid Breshnew nicht nur als leidenschaftlichen Kämpfer für den Weltfrieden, sondern auch als den Staatsmann, der sich als erster für die Anerkennung und Respektierung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes aussprach."

Die Delegationsmitglieder betonten angesichts des nahenden 60. Jahrestags der sozialistischen Oktoberrevolution, daß dieses Datum, wie Abu Meizer sowjetischen Journalisten gegenüber sagte, für die Palästinenser besonders denkwürdig sei. Dank der Oktoberrevolution und dem großen Lenin sei das Sykes-Picot-Abkommen (1916) vereitelt worden, das im Grunde ein imperialistisches Komplott gegen die arabischen Völker war; die Tatsache, daß das palästinensische Volk in seinem gerechten Kampf von der UdSSR unterstützt werde, hänge aufs engste mit dem Roten Oktober zusammen. Im Auftrag der Delegation erklärte Abu Meizer: „Wir sind überzeugt, daß unsere gerechte Sache letzten Endes siegen wird. Die erfolgreichen Verhandlungen in Moskau haben uns in dieser Überzeugung noch bestärkt."

J. TJUNKOW

NZ STREIFLICHTER

■ MOÇAMBIQUE

Am 1. September ging eine zweitägige Tagung der Konstituierenden Versammlung zu Ende. Auf ihr wurde ein Gesetz über allgemeine Wahlen zur Volksversammlung sowie zu den örtlichen Machtorganen der Distrikte, Städte und Provinzen angenommen. Die Wahlen werden in mehreren Etappen vom 25. September bis zum 4. Dezember 1977 durchgeführt. Alle Bürger über 18 haben das aktive und passive Wahlrecht. Präsident Samora Machel rief in seinem Schlußwort dazu auf, die Arbeiter- und Bauernmacht zu festigen und für die besten Vertreter des Volkes zu stimmen. Die Konstituierende Versammlung ratifizierte den Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Moçambique, der am 31. März d. J. unterzeichnet worden war.

■ ISRAEL—LIBANON

Im New-Yorker UNO-Hauptquartier wurde ein Bericht der UNO-Beobachtergruppe veröffentlicht, in dem es heißt, daß im August eine Verletzung der libanesischen Grenze durch israelische Truppen und 71 Fälle zu verzeichnen waren, daß die Israelis südlibanesisches Gebiet beschossen, was fast dreimal so oft war wie im Vormonat. Außerdem drangen israelische Flugzeuge im August 14mal in libanesischen Luftraum ein. Im Bericht heißt es, daß derartige Handlungen die Spannungen im Nahen Osten bedeutend verschärfen.

Wie die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA meldete, fand in der ersten Augusthälfte im nordlibanesischen Hafen Juniya eine Begegnung zwischen den Führern der libanesischen Rechtsparteien, Gemayel und Chamoun, sowie dem israelischen Ex-Verteidigungsminister Peres und einer Reihe israelischer Offiziere statt.

■ PAKISTAN

Je näher die Parlamentswahlen vom 18. Oktober rücken, desto mehr verschärfen sich die politischen Spannungen. Die Militärregierung gab bekannt,

——▶

MENSCH, RECHT, FRIEDEN

Jeder fortschrittlich und demokratisch denkende Mensch kann nicht der Tatsache gegenüber gleichgültig bleiben, welche Rolle die Rechtsnormen in der Welt von heute spielen, inwiefern sie zugunsten des Friedens wirken. Das war das Anliegen der in Moskau am 1.—3. September abgehaltenen internationalen Juristenkonferenz „Recht, internationale Zusammenarbeit und Entspannung". Die prominenten Teilnehmer kamen aus mehr als 40 Ländern. Das Programm der Konferenz bildeten aktuelle Aufgaben der weiteren Entspannung und der Vervollkommnung des Völkerrechts zu dem Zweck, den Abrüstungskampf erfolgreicher zu gestalten, ferner Fragen wie der Ausbau der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Zusammenarbeit in Kultur, die sozialen Rechte, auch die spezifischen, berufsbedingten Möglichkeiten der Juristen im Friedenskampf.

Damit die gerechten demokratischen Gesetze wirksam sind, müssen die fortschrittlichen Juristen aller Länder in ihrer theoretischen, praktischen und gesellschaftlichen Tätigkeit aktiv sein. Was ist friedliche Koexistenz der Staaten? Doch vor allem die Respektierung jener Rechtsordnung, die durch die Völkerrechtsnormen postuliert ist. In den letzten Jahrzehnten leisteten die demokratischen Juristen eine umfangreiche Arbeit zur wissenschaftlichen Begründung der Entspannungskonzeption, der völkerrechtlichen Grundsätze und der friedlichen Koexistenz.

Auf diesem Gebiet gibt es noch viele offene Fragen. Sie wurden gründlich in den Plenarsitzungen der Konferenz und in ihren drei Kommissionen erörtert. Die Konferenzteilnehmer waren sich einig, daß die Handlungen der Staaten in den internationalen Beziehungen einen strengen rechtlichen Rahmen haben müssen, wobei das Übertreten dieses Rahmens als unzulässig bzw. als verbrecherisch zu gelten hat. Deshalb ist es dringend notwendig, juristische Prinzipien und Normen weiterhin auszuarbeiten, die potentielle Aggressoren an den Händen fesseln sollen. Gemeinsame Bemühungen der Völker der Welt, die Einheit ihres Willens und ihrer Aktionen können die Kräfte von Reaktion, Aggression und Imperialismus zum Rückzug zwingen und zur Ausarbeitung und Annahme eines vereinbarten Systems internationaler Verpflichtungen beitragen, die die Begrenzung der Rüstungen, die totale Abrüstung und den Verzicht auf Gewaltandrohung und -anwendung in den internationalen Beziehungen betreffen.

In den Mitteilungen der italienischen und belgischen Juristen wurden skrupulös die Probleme analysiert, die mit der Herstellung gleichberechtigter Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Staaten zusammenhängen. Am Beispiel der RGW-Länder zeigten die Referenten, wie wichtig es ist, daß die internationalen Wirtschaftsbeziehungen von der Willkür des Privatunternehmertums frei sind. In den Berichten aus der DDR, aus Peru und Frankreich wurden die Zusammenarbeit in der Kultur und die sozialökonomischen Rechte behandelt.

Die Völkerrechtler, Anwälte und Richter, die der Konferenz beiwohnten, sagten einmütig, es genüge nicht, richtige und gerechte Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zu deklarieren. Nicht minder wichtig sei es, diese Prinzipien durchzusetzen, zu praktizieren und zu einem Gesetz des internationalen Lebens zu erheben, das niemand übertreten dürfe. Von der Wichtigkeit dieser Aufgabe überzeugt, nahmen die Konferenzteilnehmer besonders herzlich ein Grußschreiben Leonid Breshnews

INDIEN

IM SPIEGEL DES ETATS



Zu Ende ist die Tagung des indischen Parlaments, die über den von der Regierung der Janata-Partei eingereichten Haushaltsentwurf für das Rechnungsjahr 1977/78 eingehend debattiert hat.

Die verschiedenen Bevölkerungsschichten sahen dem neuen Etat mit begreiflichem Interesse entgegen, er sollte ja die Wirtschaftspolitik der Regierungspartei zum Ausdruck bringen. Finanzminister Patel gab im Parlament die genauen Zahlen der eingeplanten Einnahmen und Ausgaben an und umriß das wirtschaftliche Kredo der neuen Führung. Die wichtigsten Probleme seien die zu langsame wirtschaftliche Entwicklung, die ungleichmäßige Verteilung ihrer Früchte auf die Bundesstaaten und die anwachsende Arbeitslosigkeit. Man habe für eine rasche wirtschaftliche Förderung des Landes noch nicht ausreichend von den günstigen Faktoren der letzten Zeit Gebrauch gemacht: von der bedeutend besseren Zahlungsbilanz Indiens, vom Anwachsen der Devisenbestände auf 13,7 Md. Rupien und von der Anlegung bedeutender Getreiderücklagen.

In einem Land wie Indien, dessen Bevölkerung zu 80% im Dorfe lebt und dessen Landwirtschaft fast 50% des Nationaleinkommens erbringt, hängt eine Hebung der Wirtschaft weitgehend vom Stand der Agrarproduktion ab. Deshalb, so betonte Minister Patel, schenke ihr die jetzige Regierung ganz besondere Aufmerksamkeit. Eine 4prozentige Steigerung des Jahresertrags an Agrarprodukten sei „Voraussetzung und Mittel" dafür, daß das von der Regierung verkündete Programm für die Bekämpfung der Not zügig verwirklicht werden könne; sie werde zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze, zur Stabilisierung der Preise notwendigster Gebrauchsgüter und zur Ausweitung des Binnenmarktes für Industrieerzeugnisse beitragen. Zu diesem Zweck sollten die meisten Investitionen in der Landwirtschaft gemacht und dort wiederum vornehmlich für die Schaffung einer Infrastruktur, für einen Ausbau der Bewässerungsanlagen und für die Versorgung der Dörfer mit Trinkwasser verwendet werden. Dafür wird ungefähr ein Drittel aller Aufwendungen bereitgestellt.

Nach Ansicht der Regierungspartei müsse man den Nachdruck vor allem auf die Entwicklung der gewerblich betriebenen Kleinindustrie legen, die die überschüssigen Ar-

auf, worin es u. a. heißt: „Wir sind festen Glaubens, daß die in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa fixierten Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen zu den wirklich allgemein anerkannten und wirklich universellen Völkerrechtsnormen werden müssen. Ausschlaggebend für die Beziehungen zwischen allen Staaten muß das wichtigste unveräußerliche Recht jedes Volkes — das Recht auf Frieden und Sicherheit — sein."

Dem bevorstehenden 60jährigen Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution widmeten die Konferenzteilnehmer eine Festsitzung, auf der Alexander Sucharew, erster stellvertretender Justizminister der UdSSR, zu dem Thema „Oktoberrevolution, sozialer Fortschritt und das Recht" sprach. Er verwies darauf, daß der Sowjetstaat in seiner rechtlichen Praxis die immer mehr zunehmende Bedeutung des Rechts demonstriert. Der Status des Sowjetbürgers verkörpert die wahre soziale Gleichheit, den vollen Umfang der sozialökonomischen, politischen und persönlichen Menschenrechte. Der Sowjetstaat war der erste Staat, der die Wählbarkeit der Richter, die Beteiligung von Vertretern der Bevölkerung am Gericht, die Rechenschaftspflicht der Richter gegenüber ihren Wählern und das Recht auf die Abberufung der Richter einführte. Die Sowjetregierung war die erste Regierung, die ein Gesetz über den Frieden beschlossen und die strafrechtliche Verantwortung für Kriegspropaganda eingeführt hat. Sie verkündete als erste Regierung der Welt die Gleichheit von Rassen und Nationalitäten und gewährleistete sie in der Praxis. Die Rechtsinstitutionen des Sowjetstaates leisten nach wie vor einen immer größeren Beitrag zur Lösung der Kernfragen der internationalen Rechtsordnung, der Sicherheit und Souveränität, der friedlichen Beilegung von Konflikten. Kein Zufall, daß die 10 Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die die Schlußakte von Helsinki enthält, nunmehr im Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung verbrieft sind.

Je weiter sich dieses Beispiel verbreitet, um so größeren Nutzen wird es der Menschheit bringen. Der Frieden, die Entspannung, die Abrüstung werden ihr nicht nur die Schrecknisse des Krieges ersparen, sondern auch günstige Voraussetzungen für den sozialen Fortschritt, für eine immer vollständigere Durchsetzung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und zivilen Rechte und Freiheiten des Menschen sichern.

B. PISTSCHIK

beitskräfte schneller aufzunehmen imstande sei. Die Mittel für den Ausbau der Industrie müßten in den Betrieben selbst aufgebracht werden.

Bei näherer Betrachtung stellt man fest, daß die direkten und indirekten Steuern den größten Teil der staatlichen Einkünfte bilden. Nach dem Entwurf zu urteilen, will die Regierung folgenden Kurs steuern: Personen mit Jahreseinkünften bis zu 10 000 Rupien die Einkommensteuer erlassen; die Steuern für größere Einkünfte etwas erhöhen; stärker erhöht werden sie für Besitz im Werte von mehr als 25 000 Rupien. Zugleich gibt es Steuervergünstigungen für Unternehmer, die ihre Produktion ausdehnen, besonders für solche, die Betriebe auf dem Lande gründen.

Die Öffentlichkeit äußert sich verschieden zum Etat. So stellen die Linken fest, daß er nichts von Agrarreformen und von Prämien an Arbeiter enthält. *New Age*, die Zeitung der indischen Kommunisten, bemerkt, die Agraraufwendungen seien auf Projekte abgestellt, die vor allem im Interesse der Dorfreichen liegen.

Als Sofortmaßnahmen zur Besserstellung der Massen schlägt die KPI vor, daß der Staat den Handel mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln sowie mit Massenbedarfsartikeln unter seine Kontrolle nehmen, daß in Stadt und Land ein straffes System der gesellschaftlichen Verteilung geschaffen, daß die Textil- und die Zuckerindustrie sowie die ausländischen Heilmittelfirmen verstaatlicht und daß die Betätigung der multinationalen Konzerne in Indien eingeschränkt werden soll.

Nach Ansicht vieler Kommentatoren widerspiegelt der Etat gegensätzliche Tendenzen in den regierenden Kreisen und zeugt davon, daß die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung noch nicht endgültig festgelegt ist.

W. TRETJAKOW
(Eigenbericht)

NZ STREIFLICHTER

jeder Kandidat müsse die Gesetzmäßigkeit seiner Einnahmen in den Jahren 1970—1977 nachweisen. Man meint, daß dies vor allem die Kandidaten der Pakistanischen Volkspartei (PVP) betrifft, die in diesem Zeitraum an der Macht war. Hauptrivale dieser Partei bei den bevorstehenden Wahlen ist die Pakistanische Nationalallianz (PNA).

Unter der Beschuldigung, nicht genehmigte politische Versammlungen und Demonstrationen abgehalten zu haben, wurden einige PVP-Politiker verhaftet. Weitere führende Politiker und Aktivisten dieser Partei, u. zw. einige Mitglieder der letzten Regierung, erwarten Gerichtsverfahren. Sie werden des Machtübergriffs und der Veruntreuung bezichtigt. Am 3. September wurde in Karatschi auch der PVP-Führer, der Ex-Premierminister Bhutto, verhaftet. Ihm wurde zur Last gelegt, am Mord des Vaters des ehemaligen Parlamentsabgeordneten Kassuri, an der blutigen Auflösung einer Kundgebung in Rawalpindi und an der Verhaftung zweier Ex-Minister der Provinzregierung von Pandschab beteiligt gewesen zu sein.

Am 4. September kam es in einem Viertel von Karatschi zu Unruhen unter PVP-Anhängern wegen der Verhaftung ihres Parteiführers.

■ USA

In Washington wurde offiziell der Beschluß von Präsident Carter bekanntgegeben, den staatlichen Propagandadienst zu reorganisieren. Carter will dem Kongreß die Bildung einer neuen Agentur vorschlagen, die die USIA [einschließlich der „Stimme Amerikas"] sowie das Bildungs- und Kulturbüro des State Department vereinen soll. Die neue Behörde wird Amerikanische Agentur für Information und kulturellen Austausch heißen und vom Außenminister geleitet werden. Der Agenturdirektor wird unmittelbar dem Präsidenten und dem Außenminister unterstellt.

Diese Reorganisierung soll, wie amerikanische Zeitungen schreiben, das Prestige der USA heben, das durch politische Skandale der letzten Jahre stark gelitten hat, und die Möglichkeiten für die psychologische Kriegführung erweitern.

■

Vom Browning zur Bombe

Alexander SKORODUMOW

In letzter Zeit erfreuen sich in der RSA die Waffengeschäfte besonders regen Zuspruchs. Gekauft werden vielerlei Waffen, angefangen vom Damenbrowning (Geschenke für Bräute und Ehefrauen) bis zur MPi. Die Apartheid, die die südafrikanischen Rassisten noch unlängst für unerschütterlich hielten, ist vom Volkszorn ins Wanken gebracht, und das einzige, was den Unterdrückern auch nur ein bißchen Sicherheit gibt, ist die griffbereite Feuerwaffe.

Nach Waffen gieren in der RSA alle Anhänger des Rassismus, der kleine Farmer auf seiner Klitsche ebenso wie die Regierung. Begnügt sich der Farmer aber mit dem Kauf eines Gewehrs, so braucht die Regierung natürlich viel mehr. Also sind im Staatsetat für militärische Zwecke ganze 2 Md. Dollar, um gut 20% mehr als im vorigen Rechnungsjahr, bereitgestellt.

Um das unmenschliche Apartheidregime unangetastet zu erhalten, Namibia weiter kontrollieren und den unabhängigen Staaten Afrikas seinen Willen aufzwingen zu können, greift Pretoria immer öfter im Lande selbst zu grausamen Gewalttaten und gegen die Nachbarstaaten zu Aggressionsakten. Das ist jetzt schon ein organischer Bestandteil der Apartheid als Ideologie, Politik und System.

Wie kommt man zu Waffen?

Die Rassisten der RSA bauen bei ihren militaristischen Plänen auf den Beistand des Westens.

Hier einige Fakten. In der letzten, der 31. UNO-Vollversammlung stimmten die USA, England, die BRD und die anderen NATO-Staaten gegen die Resolution mit der Forderung, jede beliebige militärische und nukleare Zusammenarbeit mit dem rassistischen Regime der RSA einzustellen. Im vergangenen Oktober legten die USA, England und Frankreich im UNO-Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution ein, laut der über die Lieferung beliebiger Waffen nach der RSA eine obligatorische Sperre verhängt werden sollte. Auf der im Mai d. J. abgehaltenen Internationalen Konferenz für Unterstützung der Völker Simbabwes und Namibias stimmten die USA gegen den Antrag, Pretoria die Waffenlieferungen zu sperren.

Das unablässige Bemühen des Westens um die Bewaffnung der RSA trägt Früchte. Die Rassistenarmee hat jetzt moderne technische Kampfmittel wie die Jagdflugzeuge Starfighter, F-15D und Mirage, die Kriegs-Transportflugzeuge C-130, die Hubschrauber Iroquois, Alouette und Puma und die Panzer General Patton und Bulldog. Mit Hilfe bundesdeutscher Firmen ist das militärische Fernmeldesystem Advokaat entwickelt worden. Britische Geschäftsleute haben von ihrer Regierung die Erlaubnis erhalten, der RSA ein troposphärisches Fernmeldesystem zu liefern, das Namibia erfassen soll. Französische Firmen beliefern die RSA mit Crotale-Erde-Luft-Raketen. Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden, gibt aber auch so schon einen ausreichenden Begriff von der Zusammenarbeit der NATO-Staaten mit Pretoria.

Unlängst erklärte S. Gerwasi, ein Wissenschaftler von der Universität des Staates New York, in einem Unterausschuß des US-Kongresses, die mit Hilfe der Westmächte aufgebaute Militärmaschinerie der RSA sei viel stärker, als für die Landesverteidigung nötig, sie richte sich offenkundig gegen die afrikanischen Nachbarstaaten. Besonders sinnfällig beweisen das die nuklearen Vorkehrungen der Rassisten.

Das Fundament für die Atomindustrie der RSA wurde schon Ende der 50er Jahre gelegt. Auch auf diesem Gebiet ist eine ständige Hilfe der imperialistischen Kreise feststellbar. Größtenteils im Westen wurden Südafrikaner zu nuklearen Fachkräften ausgebildet, viele in den USA, namentlich an National-Laboratorium in Oak Ridge. Gefördert wurden diese Kräfte auch durch gemeinsame Forschungen mit der Gesellschaft für Kernforschungen in Karlsruhe, die unter Aufsicht der Bundesregierung steht.

Mit Hilfe amerikanischer Fachleute wurde bei Pretoria das Atomforschungszentrum Pelindaba ins Leben gerufen und mit dem ersten in Oak Ridge entwickelten Reaktor ausgestattet. Obwohl es heißt, er tauge nur für Forschungszwecke, liefert er bereits seit vielen Jahren für Kriegszwecke taugliches angereichertes Uran. Anfang 1975 wurde bekanntgegeben, in Pelindaba sei eine billige Methode zur Scheidung der Uran-Isotope gefunden worden. Ganz unverblümt äußerte sich hierzu im Oktober v. J. Dr. Roux, der das Atomenergieamt der RSA leitet. Er sagte: „Die Erfolge erklären sich weitgehend mit der Hilfe, die uns die USA in den ersten Jahren der Ausführung unseres nuklearen Programms leisteten, und damit, daß einige Westmächte unsere Wissenschaftler und Ingenieure in die Kernwissenschaft einführen halfen."

Gefährliche Pläne

Es sollte noch schöner kommen. Vor einem Jahr schloß die RSA mit einem französischen Konsortium ein Abkommen über den Bau des Keberger Kraftwerks in der Kapprovinz und kaufte zwei 900-Megawatt-Atomreaktoren an. Das Kraftwerk wird nicht nur Strom, sondern auch für militärische Zwecke taugliches Plutonium erzeugen.

Um die Ausführung ihres nuklearen Programms zu beschleunigen, dehnen die Rassisten schon lange ihre atomaren Verbindungen mit Israel aus und knüpfen, neuesten Meldungen zufolge, derartige Kontakte mit einigen rechtsorientierten Regimes in Lateinamerika an.

Pretoria gibt keine eindeutigen Antworten auf Fragen nach dem Stand der „atomaren Angelegenheiten" und nach seinen Plänen für die Zukunft. Manche Äußerungen enthalten aber nicht mißzuverstehende Andeutungen, die ernste Besorgnis erregen. In einem Interview für die *Newsweek* erklärte RSA-Ministerpräsident Vorster bei-

spielsweise: „Wir können Uran anreichern und haben auf atomarem Gebiet noch genug andere Möglichkeiten. Außerdem haben wir den Kernsperrvertrag ja nicht unterschrieben." Cornelius Mulder, der Innen- und Informationsminister der RSA, verweigerte jeden Kommentar zur nahen Entwicklung einer südafrikanischen Atombombe und sagte: „Wir werden uns an keinerlei Regeln halten, wenn es um unser Sein geht. Wir werden alle uns verfügbaren Mittel anwenden, ganz gleich, was für welche es sind." Noch offener war Finanzminister Owen Horwood vor kurzem auf einem Kongreß, den die Provinzorganisation der Nationalistischen Partei (der Regierungspartei) von Natal abhielt. Er behauptete, die RSA habe „das Recht auf eine nichtfriedliche Verwendung ihres Kernpotentials".

Die Unruhe der Weltöffentlichkeit ist besonders verständlich im Zusammenhang damit, daß das rassistische Regime der RSA — so die *Washington Post* — trotz offiziellen Dementis plant, eine nukleare Anlage zur Explosion zu bringen.

Dem Blatt zufolge haben US-Behörden deutliche, genau detaillierte, von künstlichen Erdtrabanten aus gemachte Fotos, auf denen zu sehen ist, daß in der Kalahari-Wüste ein Versuchsgelände für Kernteste angelegt wird. Pretoria besitze schon das Potential dafür, in allernächster Zeit eine Atombombe zu bauen. Die *Washington Post* fährt fort, nur die rechtzeitigen Bemühungen der UdSSR in Diplomatie und Presse hätten die von der RSA geplanten Kernteste verhindert.

Das alles zeigt nochmals, wie rechtzeitig die TASS in ihrer Erklärung vom 9. August warnte und zu „unverzüglichen energischen Bemühungen" darum aufrief, „den Bau einer Kernwaffe in der RSA zu vereiteln".

Dieser Ruf hat in aller Welt starken Widerhall gefunden, denn es ist klar, daß eine solche Waffe in den Händen der Rassisten eine Gefahr, und nicht nur für den Süden Afrikas darstellt. Deshalb ist es um so notwendiger, daß sie an der Ausführung ihrer hirnverbrannten nuklearen Pläne gehindert werden. ■

USA

In New York hat unser ständiger Berichterstatter Juri GUDKOW seine Tätigkeit aufgenommen. Wir bringen seinen ersten Bericht.

PROBLEME, PROBLEME...

Juri GUDKOW

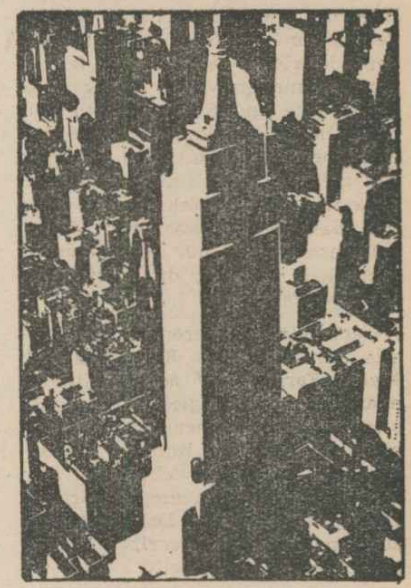
Dieser Tage sind Gespräche über das Wetter in New York nicht nur Höflichkeitsfloskeln. Die ungewöhnliche Hitze hat viele aus der Stadt vertrieben, und in den Einkaufsstraßen sind viele kleine Geschäfte wegen Urlaub geschlossen. In den Behörden hat man es meist mit den Stellvertretern zu tun, die Chefs selbst sind in Urlaub.

„Der schlechteste Sommer dieses Jahrhunders", wie ihn die Zeitungen bezeichneten, brachte Brände, Überschwemmungen und Dürre... Die Meldungen über die Brände in Kalifornien und Idaho, gegen die man schon seit Wochen vergeblich ankämpft, erinnern an Frontberichte. Auch die tropischen Regenfälle, die über Südkalifornien niedergingen, brachten keine Abhilfe. Sie führten zu chaotischen Zuständen auf den Straßen, überfluteten viele Häuser, vernichteten Saaten und führten zu Verlusten von weiteren 12 Mio Dollar zusätzlich zu den Milliarden Dollars, die die USA durch die Dürre in zwei Dritteln des Landes verloren haben. Auch Menschen kamen ums Leben: 4768 „erlitten Hitzschläge, als die Temperaturen in einigen Staaten über 40° C anstiegen", schrieb kürzlich der *National Enquirer*. Erst der September ließ die Menschen wieder aufatmen.

Zusammen mit dem Sommer geht auch die Urlaubszeit zu Ende. Die Autoströme, die die Menschen aus den unerträglich schwülen Städten fortgebracht hatten, fließen jetzt in entgegengesetzter Richtung. Was erwartet sie zu Hause?

Alarmsignal

Nach der starken Rezession der Jahre 1974—1975 trat die amerikanische Wirtschaft zwei Jahre auf der Stelle. Die Prophezeiungen eines bevorstehenden Aufschwungs traten nicht ein. Heute zeichnet sich eine



weitere Talfahrt ab. Am 18. August wurde Alarm geschlagen, als die Bethlehem Steel, der zweitgrößte Stahlkonzern der USA, eine Drosselung seiner Produktion um 40% und eine Kürzung der Investitionen bekanntgab. Wenige Tage später konstatierte die Presse, daß die Aufträge für langlebige Konsumgüter insgesamt zurückgegangen sind — und zwar wie seit zweieinhalb Jahren nicht mehr. Auf den Stand von 1975, d. h. in der Rezession, fielen auch andere wichtige wirtschaftliche Kennziffern. Nicht von ungefähr verglich das Nachrichtenmagazin *Newsweek* den Lauf der Ereignisse mit einer „tickenden Zeitbombe".

Der Sturz des Dollarkurses auf den europäischen Devisenmärkten im August brachte die Besorgnis der amerikanischen Handelspartner über das wachsende US-Außenhandelsdefizit zum Ausdruck: Im vergangenen halben Jahr betrug es 12,6 Md. Dollar. Amerika, das noch kürzlich erklärte, es beliefere die

ganze Welt, führt mehr ein, als es ausführt.

Viele Europäer, meldet der AP-Korrespondent aus London, interpretieren das amerikanische Defizit als Anzeichen dafür, daß die US-Wirtschaft die Rezession nicht überwinden konnte.

Einer Meinungsumfrage vom August zufolge bleiben die wachsenden Lebenshaltungskosten für die Amerikaner das Problem Nr. 1. An zweiter Stelle kommt gleich die Arbeitslosigkeit. Die sich abzeichnenden Tendenzen für eine weitere Talfahrt bringen neue Gefahren mit sich.

Die Bethlehem Steel setzte 7300 Arbeiter in den Staaten New York und Pennsylvania auf die Straße. Das hat schwerwiegende soziale Folgen.

Für die Kleinstadt Lackawanna unweit von Buffalo bedeutet der letzte Schritt der Bethlehem Steel den Verlust von 3500 Arbeitsplätzen. „Die Menschen erblicken darin ein böses Anzeichen", erklärte ein junger Arbeiter. Der Vorsitzende der Handelskammer in Buffalo bezeichnete diese Entscheidung als „letzten Sargnagel von Lackawanna. Dort hat bereits die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung keine Stelle. Die letzten Entlassungen bedeuten, daß ein Großteil der Einwohner dieser Stadt mit ihren nur 26 000 Menschen ihre berufliche Existenz verliert, da die Bethlehem Steel der Hauptarbeitgeber ist. Inzwischen gab auch das dortige Werk für Kontrollgeräte bekannt, daß es auf ein Programm für die Produktionserweiterung verzichte...

Die jetzige Lage ist auch dadurch gekennzeichnet, daß sie nicht nur deutlich die Unfähigkeit dieses reichen und dynamischen Landes demonstriert, die eigentlichen Probleme der Werktätigen zu lösen, sondern auch die Tendenzen, solche Probleme zu umgehen — wenn das nur so schnell wie möglich Geld bringt.

John Jurczynski, der in einem Lackawannaer Werk 15 Jahre gearbeitet hat, erinnert sich, daß 1941 dort 20 000 Arbeiter beschäftigt waren. Die Betriebsleitung behauptet, jetzt seien es 11 500. Wie Jurczynski und andere Arbeiter meinen, kommt die Zahl 7000 der Wahrheit näher, und nach der Einführung einer neuen Technologie werden dort nur noch 5000 Arbeiter tätig sein. Natürlich erhöht die Einsparung bei den Lohnkosten und die Modernisierung des Produktionsprozesses die Rentabilität und folglich die Profite des Betriebes.

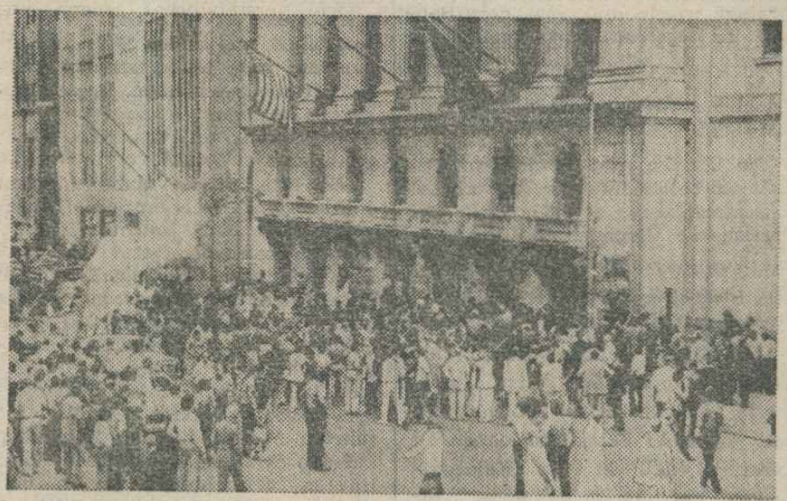
Doch was wird mit den Arbeitern? Die Regierung hat Programme für eine berufliche Umschulung, doch an sie denkt niemand — wegen der Ebbe in der Bundeskasse, dem organisatorischen Durcheinander und der Korruption der Beamten.

Jetzt wurde ein neues Programm bekanntgegeben. Es sieht vor, 1,4 Mio Arbeitsplätze für Beihilfeempfänger zu schaffen — vor allem für alleinstehende Mütter und kinderreiche Familienväter. Das Programm rief scharfe Kritik hervor — von rechts, weil es die Sozialausgaben um 2,8 Md. Dollar erhöht, doch auch seitens der Gewerkschaften. Und zwar weil die Löhne dabei nach den Mindestsätzen gezahlt werden sollen, sehen sie darin den Versuch, die Entschlossenheit der organisierten Arbeiter zu untergraben, Lohnerhöhungen zum Ausgleich der Teuerung anzustreben. Aber vor allem geht das neue Programm ebenso wie die alten auf das eigentliche Problem der Arbeitslosigkeit nicht ein, sind doch heute nach Schätzung der Gewerkschaften mindestens 8—10 Millionen Amerikaner ohne Arbeit.

Kommentatoren der US-Presse erinnern daran, daß unter Präsident Kennedy der Stand der Arbeitslosigkeit, bei dem von „Vollbeschäftigung" gesprochen wurde, auf 3% und unter Johnson auf 4% festgesetzt wurde. Der Vorsitzende des wirtschaftlichen Beraterteams von Präsident Carter, Charles Schultze, schlägt vor, diese Schwelle auf 5% festzulegen. Dadurch würde eine weitere Million „völlig zu Recht" arbeitslos werden, und die Monopole könnten profitable Entlassungen „mit gutem Gewissen" vornehmen.

Steigende Lebenshaltungskosten

In den Geschäftsstraßen von Manhattan sieht man oft den Hinweis „Ausverkauf". Das bedeutet noch lange nicht, man könne dort wirklich Waren zu erschwinglichen Preisen finden — oft handelt es sich nur um Reklametricks. Mit so einem Trick z. B. stach der Besitzer eines kleinen Ladens in der 3rd Avenue seine Konkurrenten aus. Unter dem vielfach wiederholten Wort „Ausverkauf" hängt ein Plakat: „Alles muß verkauft werden".



Junge Arbeitslose verlangen Lohn und Brot. Eine Demonstration im Zentrum New Yorks, wo die größten Firmen und Banken der USA ihren Hauptsitz haben

Foto AP—TASS

T-Shirts, die eine elektrische Birne und die Aufschrift „blackout" tragen, erinnern an den kürzlichen Stromausfall in New York. Jetzt, da sich die Leidenschaften etwas gelegt haben, stellt sich heraus, daß die Stadt nicht „durch höhere Gewalt" ohne Elektrizität blieb, wie anfangs mit Hinweis auf die starken Gewitter behauptet wurde, son-

dern schuld hatte die Consolidated Edison Co. Ferner erinnerte man sich daran, daß die New-Yorker 1976 für jede Kilowattstunde dreimal mehr als die anderen amerikanischen Stromverbraucher bezahlt haben. So bringen die Schwierigkeiten der einen Amerikaner den anderen fette Profite.

Der Regierung Carter wird die Bildung des Energieministeriums und die Aufstellung eines komplizierten Energieprogramms, das bereits vom Repräsentantenhaus gebilligt wurde und jetzt dem Senat vorliegt, als Verdienst angerechnet. Wie der *Christian Science Monitor* schrieb, „hat das Programm eine klare Bedeutung für alle Amerikaner: Es geht an ihren Geldbeutel". Das Beheizen und die Renovierung der Wohnungen, der Unterhalt eines Autos, Plastikwaren usw. werden teurer. 1978 sollen diese neuen Ausgaben jede Familie durchschnittlich mit 200 Dollar zu stehen kommen, 1985 werden es schon 2000 Dollar sein.

Ungelöste Fragen

Die USA importieren fast die Hälfte des benötigten Öls. 1977 werden diese Ausgaben etwa 45 Md. Dollar gegenüber 565 Mio im Jahre 1953 erreichen. Die amerikanische Ölförderung ist in den letzten fünf Jahren um über 14% zurückgegangen, die von Gas um 11%.

Doch die mit dem Import verbundenen Ausgaben nehmen bisweilen merkwürdige Formen an. Als ein Beispiel dafür sei eine Gesetzesvorlage genannt, die vom Repräsentantenhaus vorgelegt und von der Administration unterstützt wurde: 9,5% des eingeführten Öls sollen auf amerikanischen Schiffen transportiert werden. Das setzt den Bau neuer Tanker voraus, obgleich es auf dem Weltmarkt schon mehr als genug gibt. Infolgedessen kostet die amerikanischen Steuerzahler der Bau eines 60 000 BRT-Tankers 45—50 Mio Dollar, obgleich man ihn für etwas über 4 Mio Dollar kaufen könnte. Der Preisunterschied für ein 260 000 BRT-Schiff ist noch größer: 120 bzw. 17 Mio. Die Unkosten einer solchen Politik sollen dadurch gedeckt werden, daß man jährlich 240 Mio Dollar für das Importöl aufschlägt.

All das könnte vom Standpunkt des Verbrauchers paradox erscheinen, doch es ist ganz „normal", wenn man von den Interessen der Monopole ausgeht. Manches wird noch verständlicher, wenn man bedenkt, daß die Reeder 100 Mio Dollar für den Präsidentschaftswahlkampf der Demokraten spendeten.

Die am meisten verbreitete Zeitung New Yorks, die *New York Daily News*, macht in ihrer Beilage Reklame für einen Architekten, der Häuser mit „einstürzenden Wänden" oder z. B. mit „fehlenden Ecken" baut. Dadurch komme es zu einem „sichtbaren Dialog zwischen dem konstruktiven und dem destruktiven Element in der Architektur". Warum sollte man Häuser mit einem „destruktiven Element" bauen, wenn die Zerstörungen an der 12th Street in Detroit, die an den Aufstand der Armen 1967 erinnern, bis auf den heutigen Tag das Stadtzentrum verschandeln — ebenso wie in Washington, Los Angeles und New Haven? Viele Amerikaner können doch deshalb nicht in normalen Häusern leben, weil sie einfach zu teuer für sie sind, und nicht etwa, weil sie ihrem „extravaganten" Geschmack nicht gerecht würden.

Doch der Gedanke wurde aufgegriffen. Die Handelsfirma Best Products errichtete einige Supermärkte in diesem Stil. Verblüffte Einwohner von Houston z. B. riefen immer wieder bei der Polizei an, um vor der vermeintlichen Einsturzgefahr zu warnen. Die Presse warf Best Products Geschmacklosigkeit und das Streben vor, um jeden Preis Aufmerksamkeit zu erregen. Doch wie dem auch sei — letzten Endes gewannen Geschmacklosigkeit und Profitstreben die Oberhand. Immer mehr derartige Markthallen entstehen, und nach Firmenangaben liegt der Umsatz dort um 20% höher als durchschnittlich.

Die kürzlichen Streiks der Bergleute, der Automobilbauer, der Werktätigen der Kupfer- und der Stahlindustrie zeichneten sich durch die Dauer und die entschiedene Ablehnung der kompromißlerischen Position der Gewerkschaftsbosse aus.

„Wir kämpfen gegen die USA, gegen alles und alle um uns", erklärte Dayhevyn Stanly, Elektriker bei Bethlehem Steel. Die *New York Times* setzte diese Worte in die Überschrift. Ebenso ging diese Zeitung nicht an dem auf den ersten Blick unbedeutenden Ereignis vorbei, daß zehn Familien in Bronx nach achtjährigem Prozessieren das halbverfallene Haus kauften, in dem sie wohnten, und selbst begannen, die Miete zu kassieren und für Reparaturen zu sorgen. Dadurch versuchen sie, bis zu einem gewissen Grad dem Verfall Einhalt zu gebieten, der ganze New-Yorker Stadtviertel erfaßt hat, da es die Hausbesitzer nicht für profitabel halten, etwas für die Häuser der Armen zu tun. „Das ist ein Sieg", sagte Alfred Baldwin, ein Hausbewohner. „Wir einfachen Menschen haben verstanden, daß wir, wenn man uns die Möglichkeit gibt, für uns das tun können, was zu geschehen hat."

Derartige Berichte der *New York Times* sind keine Ausnahme. In ihnen kommt das Streben der Durchschnittsamerikaner zum Ausdruck, die bestehenden Verhältnisse zu ändern, nicht aber sich in sie auf der Suche nach einem Ausweg einzufügen. Die Zeitschrift *Time* warnt: „Die aus der Gesellschaft Verstoßenen sind unsere gefährlichste Krise, die bedeutend gefährlicher ist als die Krise von 1929 und bedeutend komplizierter."

New York, im September

SCHWANZLOSE SCHLANGE

Manche Wirtschaftsjournalisten sahen sogar Vorteile im Floaten der Währungsschlange, der die Bundesrepublik, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Norwegen und Schweden angehörten. Eine solche „Elastizität" würde es erlauben, Handelsproblemen auszuweichen.

Doch in diesem Jahr ist die Schlange gerade nicht elastisch genug. Ihre Hauptwährung, die DM, steigt ständig. Unterdessen lassen die Kurse der Währungen Skandinaviens nach. Doch das ist verständlich: Die Schwierigkeiten der westeuropäischen Wirtschaft wirken sich vor allem auf die Positionen der schwächeren Schlangenmitglieder aus. Und einen anderen Weg, um ihre Wirtschaft zu beleben, außer einer Handelsexpansion durch Senkung der Währungskurse sehen sie nicht. Bereits im April d. J. wertete Stockholm die Krone um 6%, Kopenhagen und Oslo um 3% ab. Nur fünf Monate vergingen, bis es zu einer weiteren Kursänderung kam. Auf einer Sondersitzung der Finanzminister der an der Währungsschlange beteiligten Länder wurde bekanntgegeben: Schweden wertet seine Krone um weitere 10% ab und tritt aus der Währungsschlange aus. Dänemark und Norwegen, die wirtschaftlich eng mit Schweden verbunden sind, werteten ihre Währungen um 5% ab, doch bleiben einstweilen der Schlange treu.

Wie sieht jetzt die Bilanz der Währungsschlange aus, die als Sprungbrett zur Bildung einer westeuropäischen Währungsunion gedacht war? Von den neun EG-Ländern gehören jetzt nur noch fünf ihr an, und einer der beiden „Außenseiter" hat sie gerade verlassen. Das brachte die Londoner **Times** zum Schluß, die Entscheidung Schwedens bedeute wohl den Anfang vom Ende eines der wenigen verbliebenen Instrumente für die Aufrechterhaltung fester Kurse im westlichen Währungssystem.

Die Währungsrivalität unter den kapitalistischen Ländern wird bald auch nicht mehr von so wenig effektiven zwischenstaatlichen Vereinbarungen gestoppt werden können wie Absprachen über gemeinsames Floaten. Daß sich die schwedische Krone, die siebte Währung am Schwanz, verselbständigt hat, zeigt deutlich, daß man in der heutigen Wirtschaftskrise währungspolitisch immer mehr auf fremde Kosten agiert.

F. GORJUNOW

RHODESISCHES SPEKTAKEL

Jedem unvoreingenommenen Beobachter dürfte klar sein: Die „Wahlen" in Rhodesien Ende August waren eine reine Farce. Nur 1 Afrikaner von 1000 durfte teilnehmen. Es war von vornherein klar, daß die meisten weißen Siedler Smith und seine Partei, die Rhodesische Front, unterstützen. Nichtsdestoweniger hat das Wahlspektakel sein Publikum gefunden. Die **New York Times** z. B. neigte dazu, daß „Smith schon nicht mehr jenes Monstrum ist, was er einst schien", und weiter: Man müsse „ihn ermutigen, eine Lösung selbst zu suchen". Die eigentlichen Absichten der Rassisten legte die **New York Times** in einem anderen Artikel dar: „Ian Smith hofft, eine solche ‚innere Regelung' zu erreichen, bei der die formelle Macht an kooptierte Schwarze überginge, während die Weißen ihre Hauptprivilegien behielten."

Ebendas erklärt die jetzt in und um Rhodesien entstandene verwickelte Situation. Insbesondere wird verständlich, warum sich der britische Außenminister Owen und der US-Botschafter bei der UNO, Young, sich so viel Zeit genommen haben, um den „britisch-amerikanischen Friedensplan" (s. NZ 36) durchzudrücken, obgleich von Anfang an deutlich war, daß er für keine Seite annehmbar ist. Und nicht ohne Grund äußerten sich westliche Zeitungen ironisch über Versuche von Owen und Young, „eine verlorene Sache voranzubringen", wie die **Financial Times** (London) schrieb, und England und die USA „wollen zeigen, daß sie alles für Stabilität und Demokratie im südlichen Afrika tun".

Also ein weiteres Spektakel — diesmal auf der internationalen Bühne. Die britisch-amerikanische Diplomatie will nur den Anschein erwecken, als kämpfe sie gegen die Gefahr eines „Rassenkrieges", mit der man dem westlichen Spießbürger Angst einjagen will. Doch diese pseudopazifistischen Handlungen sind bei weitem nicht so harmlos, wie es scheinen könnte. Einerseits gewinnt die rhodesische Rassistenclique Zeit, um ihre Kräfte und ihr Bündnis mit dem wichtigsten Beschützer, dem Regime in Pretoria, zu konsolidieren. Andererseits wird darauf gesetzt, Differenzen zwischen den Patrioten Simbabwes und den Frontstaaten zu provozieren. Und letzten Endes wollen, einigen Artikeln in der amerikanischen Presse zufolge, einflußreiche Kreise im Westen die Rassisten zur Verwirklichung ihrer gefährlichen Pläne ermuntern.

All das kann nur die Spannungen im südlichen Afrika anheizen, mit den sich hieraus ergebenden Folgen.

D. ANTONOW

HITLERWELLE AN DER SEINE

Die Hitlerwelle, die die Bundesrepublik überschwemmt und in England und den USA ein Echo findet, hat die Ufer der Seine erreicht. Die Pariser Illustrierte PARIS MATCH hielt es für nötig, sich an den Führer zu erinnern.

Fotos des kleinen Hitler, seines „tyrannischen Vaters", seiner „zu schwachen Mutter" und ein Bild ihres Arztes... Dieser Hitlerkult wird dadurch „gerechtfertigt", daß Psychiater zu Wort kommen — über seine Eltern und den kleinen Adolf.

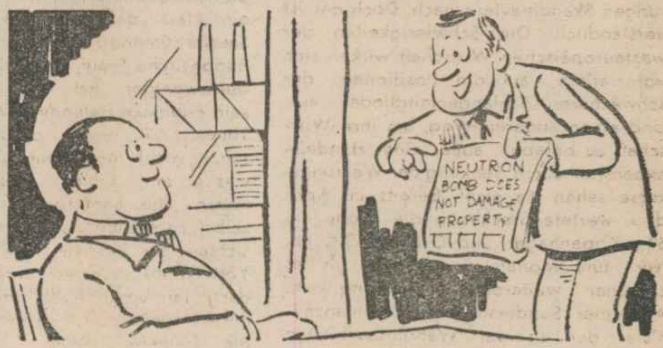
Man könnte nicht glauben, daß die französische Presse vorsätzlich Greueltaten verherrlicht. Doch die gleiche Nummer des PARIS MATCH enthält auch einen anderen Beitrag, in dem der bekannte Kollaborateur und Schriftsteller Céline reingewaschen werden soll. Und im nächsten Heft kündigt PARIS MATCH einen Bericht über „Hitlers Sexualleben" an. Die Franzosen erwartet eine Lektüre besonderer Art...

Der Nazi Nr. 1 hätte wohl eine solche postume Publicity nicht für möglich gehalten — doch dafür sorgen Illustrierte, bundesdeutsche Film- und Fernsehregisseure sowie amerikanische Geschichtsklitterer. Auch PARIS MATCH möchte nicht zurückbleiben.

A. IGNATOW







Die Neutronenbombe, diese vom Pentagon gepriesene „saubere und humane Waffe", ist zu einem Hauptthema der westlichen Karikaturisten geworden. Wir bringen drei Zeichnungen, die kürzlich in der amerikanischen Presse veröffentlicht wurden.

● Piloten der US Air Force in einem Flugzeug, das eine Neutronenbombe abwerfen soll, kommentieren die Festnahme eines berüchtigten Massenmörders, der New York terrorisiert hatte:

„Schau an, wie grausam — er hat sechs Menschen gekillt!"

● So möchte das Pentagon die Zeitschrift „Bessere Häuser und Gärten" sehen: Die Neutronenbombe verschont alles, außer dem Leben.

● „Schauen Sie her, Chef, was hier geschrieben steht: ‚Die Neutronenbombe beschädigt das Eigentum nicht!' "

„Ja, es sieht wirklich so aus, daß diese Burschen ein Ding erfunden haben, das den Krieg viel profitabler macht!"

NICHT ERHÖRTE GEBETE

„Young streitet ab, sein Haiti-Besuch bedeute eine Billigung der Politik dieses Landes" — das schrieb die *New York Times* in der Überschrift zu einem Artikel über die Tagesvisite des ständigen US-Vertreters in der UNO in der Inselrepublik. Der Haiti-Besuch sollte — so war es in Washington gedacht — zu einem Bestandteil der „Menschenrechtskampagne" der Carter-Administration werden.

Und das wurde er eigentlich auch: Young erteilte auf einer Pressekonferenz dem Diktator auf Lebzeiten, Jean-Claude Duvalier, einen leichten Tadel wegen der Repressalien gegen Andersdenkende. Der Gast hielt eine Predigt in einer Baptistenkirche, in der er Gott bat, dem Volk von Haiti bei der Wiederherstellung seiner mit Füßen getretenen Rechte zu helfen. Ob das Gebet erhört wurde? Der Duvalier-Clan empfand ja nie besondere Gottesfurcht. Von den 4,5 Millionen Haitianern verhungern 400 000, 4000 schmachten in den Gefängnissen, und 30 000 wurden in den 20 Jahren der Herrschaft von Duvalier sen. und Duvalier jun. liquidiert.

Der Diktator hingegen vervollständigt seine Privatsammlung mit neuen Sportwagen, Motorrädern und Luxusjachten — für die letzte Jacht „Baby Doc" legte er gut 900 000 Dollar auf den Tisch.

Ob unter Einfluß des Young-Besuches oder nicht — doch kürzlich wurde auf Haiti die Bildung von Zivilgerichten für die politischen Prozesse bekanntgegeben. Jetzt kann Washington natürlich seine Mission für erfüllt halten: Duvalier wird mit der Bevölkerung „streng nach Gesetz" abrechnen.

A. SMIRNOW

WIE EIN GESETZ ENTSTEHT

Wladimir KURASSOW

Am 4. Oktober tritt in Moskau die außerordentliche siebente Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR zur Debatte über den Verfassungsentwurf zusammen, über den jetzt im Lande diskutiert wird. Bei uns ist es üblich, wichtige Gesetzesakte, ehe sie der Oberste Sowjet annimmt, beim Volk zur Diskussion zu stellen. In den letzten zehn Jahren allein beteiligte sich das Sowjetvolk aufs aktivste an der Abfassung von Landesgesetzen wie den Gesetzesgrundlagen der Union der SSR und der Unionsrepubliken über Bildungs-, Gesundheitswesen, Ehe und Familie, Bodenschätze etc. Jedes dieser Dokumente ist gemeinsam von Deputierten und Fachkräften formuliert, wobei sie Tausende von Vorschlägen und Bemerkungen der Werktätigen erwägen sowie die Ansichten der gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen wie auch der Staatsmachtorgane der Republiken und der Ortschaften berücksichtigen.

Wie wird das gehandhabt? Wie entsteht ein Gesetz? Wir wollen das an einem Beispiel zeigen.

Auf Anregung von Wissenschaftlern

April 1977. Moskau. Wir befinden uns im Haus Ecke Marx- und Kalinin-Prospekt. Hier ist der Arbeits-Unterausschuß wieder zusammengetreten. Es beginnt die Schlußphase bei der Abfassung des Entwurfs von Gesetzesgrundlagen der UdSSR und der Unionsrepubliken über Forsten und Waldungen. Auf dieser Sitzung präsidiert. . . Aber versetzen wir uns um einige Jahre zurück.

Forstwissenschaftler aus Leningrad schrieben an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und begründeten die Notwendigkeit eines einschlägigen Landesgesetzes.

Waldungen nehmen ein Drittel unseres Landes ein. Es besitzt ein Viertel aller Holzbestände der Welt. Vor der Großen Oktoberrevolution wurde an ihnen Raubbau getrieben. Unternehmende Geschäftsleute exportierten Millionen Kubikmeter Nutzholz, unbesorgt um die Zukunft — ihnen reichte es ja für Lebzeiten. Wie bitter klingen folgende Worte, die der Dichter Tschechow, ein Verehrer der Schönheit Rußlands, einer seiner Gestalten in den Mund gelegt hat: „Die russischen Wälder krachen unter Äxten zusammen, Milliarden Bäume gehen zugrunde, die Behausungen von Vierfüßern und Vögeln werden vernichtet, Flüsse werden seicht und trocknen aus, wunderschöne Landschaften verschwinden auf Nimmerwiederkehr."

Gleich nachdem die Sowjetmacht errichtet worden war, setzten Wissenschaftler unter Leitung Prof. Falejews vom Petrograder Forstwissenschaftlichen Institut im Auftrag Lenins eine Gesetzesvorlage über die Waldungen auf, und im Mai 1918 verabschiedete das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets der Bauern-, Arbeiter-, Soldaten- und Kosakendeputierten das Dekret über die Waldungen, in dem diese zum Gemeingut des Volkes erklärt wurden.

Mit den Jahren kam das Land der Sowjets vorwärts und vervollkommnete seine Gesetze. Auch in den Unionsrepubliken entstanden Rechtsurkunden zur Regelung des Verhältnisses zwischen den für die Waldungen zuständigen bzw. sich in ihnen betätigenden Ämtern und Organisationen. Der Forstwirtschaft gehörte ständig die Aufmerksamkeit des ZK der KPdSU, des Obersten Sowjets und des Ministerrats der UdSSR.

Heute ist die Forstwirtschaft ein großer, wichtiger Industriezweig unseres Landes, der einer straffen Regelung bedarf. Es ergeben sich viele Probleme (oft strittige). Wie soll man z. B. die Interessen der Holzindustrie mit denen der Aufforstungsstellen unter einen Hut bringen? Oder den Bau von Betrieben in Waldzonen mit dem Waldschutz? Die Leningrader Wissenschaftler schrieben, diese und viele andere Fragen müsse das neue Gesetz regeln.

Das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR faßte einen Beschluß, in dem es hieß: „. . . nach Erörterung des vom Wissenschaftlichen Rat der Forstwirtschaftlichen Fakultät der Leningrader Forsttechnischen Akademie ‚S. M. Kirow' und von Mitgliedern der Wissenschaftlich-Technischen Gesellschaft Holzindustrie und Forstwirtschaft eingereichten Gesuchs die Kommissionen für Gesetzesvorlagen beim Unionssowjet und beim Nationalitätensowjet zu veranlassen, mit der Abfassung eines Entwurfs von Gesetzesgrundlagen über die Nutzung der Waldungen zu beginnen."

Daraufhin bildeten die beiden genannten Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR einen gemeinsamen vorbereitenden Ausschuß, der Vorschläge für ein Landesgesetz über die Waldungen machen sollte. Zum Ausschuß gehörten Deputierte, die in den ständigen Kommissionen der beiden Kammern für Landwirtschaft, Gesetzesvorlagen und Industrie tätig waren.

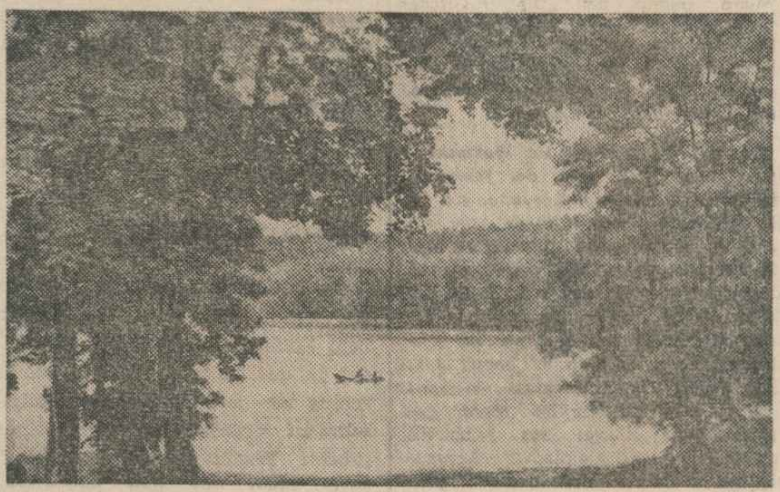
Zwischen der Aufnahme der Arbeit an dem neuen Gesetz und seiner Annahme wechselte natürlich mehrmals die Besetzung des vorbereitenden Deputiertenausschusses. Im Jahre 1970 wurden neue ständige Kommissionen, solche für Naturschutz, gebildet. Sie entsandten ebenfalls Vertreter in den Deputiertenausschuß, und dieser bearbeitete nun nicht mehr Vorschläge zum Entwurf, sondern ging daran, ihn selbst zu formulieren. In der letzten Phase der Arbeit an den Gesetzesgrundlagen stand dem Ausschuß Viktor Nikonow, der Erste Sekretär des Gebietsparteikomitees der Mari, vor.

Dem Ausschuß gehörten Deputierte aller Unionsrepubliken an. Das waren Leute verschiedenen Alters und Berufs. Sie hatten verschiedene Einstellungen zu den betreffenden Problemen. Anatoli Shukow z. B. war sein ganzes Leben mit dem Wald verbunden, er hat es vom einfachen Förster zum Leiter des Forst- und Holzinstituts gebracht, das zur Sibirischen Abteilung der AdW der UdSSR gehört. Pawel Aboltin hat es seit mehr als 40 Jahren als Tischler im Rigaer Möbelkombinat mit Holz zu tun. Er ist mit dem Stern des Helden der Sozialistischen Arbeit ausgezeichnet worden. Anatoli Drygin leitet die Gebietsparteiorganisation von Wologda, das eins der dichtest bewaldeten Gebiete der UdSSR ist, so daß Drygin die Probleme der Forstwirtschaft und der Holzindustrie am Herzen liegen.

Die Deputierten konnten aber nicht nur auf ihre Lebenserfahrungen zurückgreifen. In einer seiner ersten Sitzungen bildete der Deputiertenausschuß aus Leitern der mit der Forstwirtschaft verbundenen Wirtschaftsbranchen, aus Forstwissenschaftlern und -praktikern sowie aus namhaften Juristen einen Arbeits-Unterausschuß. Zuerst holte er bei fast 100 maßgeblichen forstwirtschaftlichen und juristischen Stellen Vorschläge zu den wichtigsten Teilen des

zu verabschiedenden Gesetzes ein, u. zw. aus allen 15 Unionsrepubliken. Der Unterausschuß sichtete die Eingänge und hielt den Deputiertenausschuß, die Kommissionen der Kammern und das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ständig auf dem laufenden.

Nach Auswertung aller Vorschläge gingen die Deputierten und die Mitglieder des Arbeits-Unterausschusses daran, die Gesetzesgrundlagen der UdSSR und der Unionsrepubliken über



Russischer Wald

Foto N. Stolnikow

Forsten und Waldungen zu entwerfen. Das war eine enorme, mehrjährige Arbeit. Oft konnte man sich in mehreren Sitzungen nicht über die Fassung eines Gesetzesparagraphen schlüssig werden, und dann mußte der Ausschuß noch mehr Sachverständige, noch mehr Berater heranziehen, und die Diskussionen gingen weiter. In manchen Paragraphen (ebenso wie in der Forstwirtschaft selbst) kollidierten ja die Interessen verschiedener Branchen und Ämter, und man mußte eine Formulierung finden, die den höchsten Interessen — denen des Staates und des Volkes — entsprach.

Als die Mitglieder des Deputiertenausschusses ihre Arbeit am Entwurf im großen und ganzen beendet hatten, reichten sie ihn an die ständigen Kommissionen des Unions- und des Nationalitätensowjets weiter. Nachdem diese die vorliegenden Bemerkungen und Vorschläge von Deputierten berücksichtigt hatten, leiteten sie ihn dem Ministerrat der UdSSR zu, und nun erörterte eine neue Expertengruppe im Auftrag der Regierung jeden einzelnen Punkt. An dieser Arbeit beteiligten sich tatkräftig die Ministerräte der Unionsrepubliken, sie schalteten ihre einschlägigen Forschungs- und Wirtschaftsinstitutionen ein. Danach ging der Entwurf an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR.

Dem Volk zur Diskussion

Im Februar d. J. erschien der Entwurf in Landeszeitungen und -zeitschriften sowie in Zeitungen der Unionsrepubliken, die in den Sprachen ihrer Bevölkerung und der Bevölkerung der Autonomen Republiken erscheinen. Das war der Auftakt zur Diskussion des ganzen Volkes.

Beim Sekretariat des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR sowie bei den Redaktionen von Zeitungen und Zeitschriften begannen Zuschriften von Einzelpersonen und von gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen mit Bemerkungen und Vorschlägen zu dem Entwurf einzulaufen.

In der Zeitung **Iswestija** schrieb G. Solodjankin, Oberförster beim Omsker Forstwirtschaftlichen Gebietsamt: „Dadurch, daß in dem neuen Gesetz die Hauptprinzipien niedergelegt sind, nach denen die Forstwirtschaft zu führen ist, daß es die Rechtsverhältnisse beim Waldschutz und bei der Aufforstung regelt sowie Befugnisse der forstwirtschaftlichen Stellen verbrieft, wird es zweifellos zu einer weiteren Regulierung der Forstwirtschaft im ganzen Land beitragen." Und hier sein Vorschlag: „Im Entwurf sollte die volkswirtschaftliche Bedeutung der den Sowchosen zugeteilten Waldungen und im Zusammenhang damit die besondere Art ihrer Nutzung und Reproduktion klarer und präziser definiert werden."

Zuschriften mit Formulierungen, die die Schreiber für präziser halten. Andere mit Zusätzen zu Paragraphen. Dem Unterausschuß liegen dicke Folianten mit Auszügen aus den Zuschriften und aus Presseveröffentlichungen im Rahmen der Diskussion über den Entwurf vor. Jeder Vorschlag wird gründlich erwogen.

Aber kehren wir ins Haus Ecke Marx- und Kalinin-Prospekt zurück. April 1977. In der Sitzung des Arbeits-Unterausschusses präsidiert sein Vorsitzender, der Landwirtschaftsminister der Russischen Föderation und Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR **Leonid Florentjew.** Er sagt:

„Wir kommen zu den Bemerkungen über § 10. W. Nowossjolow, Dozent an der Juristischen Hochschule in Saratow, schreibt: ‚Organisationen wie der Naturschutz-, der Jäger-, und der Anglerverein sollten aktiviert werden. § 10 des Entwurfs enthält aber nur ein paar Worte über die Beteiligung von Bürgern und gesellschaftlichen Organisationen an Maßnahmen zur rationellen Nutzung, Reproduktion, zur Wahrung und zum Schutz der Waldungen.' Ist der Sinn der Bemerkung allen klar? Wer möchte sich äußern?"

Boris Groschew, Verdienter Forstwirtschaftler der RSFSR:

Ich halte die Bemerkung für richtig. Im Gesetz müssen die Rechte der gesellschaftlichen Organisationen genauer bestimmt werden. Sie können ja viel ausrichten. Der Gesamtrussische Naturschutzverein allein hat rund 30 Millionen Mitglieder.

Ein Vertreter des Instituts für Staat und Recht:

Mir scheint, in Gesetzen für die ganze Sowjetunion braucht man die Befugnisse der gesellschaftlichen Organisationen nicht detaillierter zu bestimmen, als das geschehen ist. Eine ausführlichere Fassung können die Unionsrepubliken in ihren Gesetzen bringen.

Ein Beamter beim Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR:

Meiner Ansicht nach hat Genosse Nowossjolow recht, seine Bemerkung sollte berücksichtigt werden. Gerade im Gesetz für die ganze Sowjetunion, das den einschlägigen Rechtsdokumenten der Republiken zugrunde gelegt werden wird, müssen die Rechte der Öffentlichkeit verbrieft sein. Ein Muster vollständigerer Fassung für den zur Debatte stehenden Paragraphen sind übrigens die Gesetzesgrundlagen über die Bodenschätze. Wir werden § 10 wohl entsprechend abändern müssen.

Leonid Florentjew (nachdem die meisten Ausschußmitglieder der Bemerkung W. Nowossjolows zugestimmt haben):

Beauftragen wir zwei Genossen, auf der nächsten Sitzung den Wortlaut eines Zusatzes vorzulegen. Gehen wir zu den Bemerkungen über § 11 über."

(In dem im Juni 1977 vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigten endgültigen Wortlaut der Gesetzesgrundlagen über Forsten und Waldungen lautet Absatz 3 in § 10 folgendermaßen: „Die Staatsorgane sind verpflichtet, bei Maßnahmen zur rationellen Nutzung, Reproduktion, zur Wahrung und zum Schutz der Waldungen Vorschläge von gesellschaftlichen Organisationen und Bürgern weitestgehend zu berücksichtigen.")

3000 Vorschläge

Der Arbeits-Unterausschuß hat rund 3000 Vorschläge erörtert. Seine Mitglieder haben vergleichende Texte der einzelnen Paragraphen niedergeschrieben, wie sie in der Presse veröffentlicht waren und wie sie lauten, nachdem die Bemerkungen der Werktätigen berücksichtigt worden sind. Das alles hat er dem vorbereitenden Deputiertenausschuß zugeleitet, und die Deputierten waren mit der Berücksichtigung vieler der eingegangenen Vorschläge einverstanden.

So z. B. hat man den Paragraphen im Entwurf präzisiert, in dem bestimmt ist, wie der Wald für kulturelle und gesundheitliche Zwecke benutzt werden darf. Auf Wunsch der Öffentlichkeit ist in die Gesetzesgrundlagen eingetragen worden, daß der Wald mit Methoden und Mitteln gepflegt und vor Schädlingen und Krankheiten geschützt werden muß, die für Menschen und Umwelt unschädlich sind.

Auf vielseitigen Wunsch ist die Liste der Waldungen erster Gruppe wesentlich verlängert worden (das sind Waldungen, in denen Bäume nur zur Auflockerung und Pflege der Bestände gefällt werden dürfen). Zu ihnen gehören die Wälder in den National- und Naturparks, die staatlichen Forststreifen, die gegen Bodenerosion angepflanzten Wälder und die besonders wertvollen Waldungen.

Als ich die Neufassung dieses Paragraphen (23) las, fielen mir zwei Briefe ein. Im einen wurden Befürchtungen für den berühmten Wald von Busuluk geäußert. Der grüne Nadelwald von 90 000 ha steht in einer Steppe, in der die Bodentemperatur im Sommer bis auf +60° C steigt und die im Jahr nur 180—250 mm Niederschläge hat. Der Wald schützt Ortschaften und Felder.

Fachleute haben den wirtschaftlichen Nutzeffekt dieses Waldes (seinen Einfluß auf die Weizenerträge) mit 15 Mio Rubel jährlich errechnet. Nun haben Geologen gerade darunter ein Ölvorkommen entdeckt. Jetzt streiten sich die Ölfachleute und die Forstwissenschaftler, was wichtiger ist. Jede Konfliktpartei hat ihre Argumente. Diese beruhten auf Ressortinteressen und Emotionen, bis die Gesetzesgrundlagen über die Bodenschätze und die über die Forsten und Waldungen angenommen wurden. Jetzt entscheidet das Gesetz.

Der zweite Brief ist aus Gelendshik (Kaukasus). Darin steht, der Kommandant einer russischen Korvette, die im 18. Jahrhundert in der Bucht von Gelendshik einlief, habe geschildert, was für ein prächtiger Sandstrand dort sei. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts war der Strand verschwunden. Seegeologen haben das Geheimnis gelüftet: Sie entdeckten etwa 2,5 Mio m^3 Sand unter der dicken Schlammschicht in der Bucht. Der Strand war ins Meer gerutscht, weil infolge des Raubbaus französischer und belgischer Konzessionäre an den Wäldern der umliegenden Berge das Ufer entblößt wurde, so daß Muren niedergehen und den Sand ins Meer schieben konnten.

Die Ortsbehörden, Fachkräfte und die Einwohnerschaft von Gelendshik haben den Strand wiederhergestellt. Starke Bagger haben den Sand ans Ufer geschwemmt. Wieviel Mühe und Geld das aber gekostet hat! Das neue Gesetz hat solche vor Erosion schützenden Wälder in die erste Gruppe aufgenommen, so daß sich die Geschichte von Gelendshik nicht wiederholen kann.

Zwei Briefe — zwei Zeugnisse für die Bedeutung des neuen Landesgesetzes und dafür, daß es vom Standpunkt des Staates zweckmäßig war, den Entwurf zur Diskussion vor das ganze Volk zu bringen.

Ein Gesetzentwurf ist fertig, aber die sowjetische Gesetzgebung wird weiter vervollkommnet.

* * *

Überall in der UdSSR wird eingehend über den Verfassungsentwurf diskutiert. Schon das zeigt anschaulich, wie demokratisch unsere Gesellschaftsordnung ist. Das Grundgesetz, nach dem das sowjetische Volk leben wird, wird vom Volk selbst geschrieben. ■

BULGARIEN

Im Herzen Bulgariens, dort, wo sich die uralten Balkanstraßen von der Donau zu den waldigen Rhodopen und von der Senke, in der Sofia liegt, ans Schwarze Meer kreuzen, liegt eine ziemlich kleine, aber wohl die bedeutendste Stadt des sonnigen Landes, Kasanlyk, auf der Landkarte nur ein kleiner Punkt auf einem grünen Farbtupfen zwischen den beiden Bergzügen Stara Planina und Sredna Gora. Der Tupfen ist das weltberühmte Tal der Rosen.

Am Fuße des Schipka

Meine Route durch das Tal war gut gewählt. Das verdankte ich meinem Begleiter, Djanko Schischkow, der in der Gegend gebürtig ist. Er schlug vor, auf die bequeme Bahnfahrt zu verzichten und lieber einen großen Bogen mit dem Auto bis ganz oben auf den legendären Schipka zu machen, von wo man einen unvergeßlichen Ausblick habe.

Ein Flecken Erde, eingerahmt von Bergen, die eigens zu seinem Schutz vor den kalten, rauhen Winden zusammengerückt zu sein scheinen. Darüber der tiefblaue, wolkenlose Himmel, und am Fuße der Berge ein rosaweißes Meer: die Pflanzungen der ölhaltigen Rose, die sonst kaum irgendwo gedeiht.

Die ersten Sonnenstrahlen lassen den Tau auf den zarten Rosenknospen wie Diamanten funkeln, und nach ein paar Stunden ist die Luft durchtränkt von dem starken Duft, den man schlückchenweise trinken zu können glaubt. Gegen Mittag spenden die Rosen reichlich ihre Düfte, die aber von Menschen nicht leicht eingefangen werden können.

In dem Arbeitszimmer, wo ich mich mit Shetscho Atanassow, Kandidaten der Agrarwissenschaften, einem führenden Wissenschaftler vom Kasanlyker Forschungsinstitut

Im Tal der Rosen

Von unserem Sonderberichterstatter
Viktor GUSTSCHIN

für Rosen und ätherische Öle enthaltende Pflanzen, unterhalte, stehen einige aus Holz geschnitzte, wie Schachfiguren anmutende Flakons. Er öffnet eins und holt ein winziges Reagenzglas heraus, in dem eine klare, goldgelbe Flüssigkeit glänzt.

„Das ist nur ein Gramm Rosenöl, aber um es zu gewinnen, mußten wir 1500 Rosen verarbeiten", sagt er. „Für ein Kilo dieses kostbaren Duftstoffs, ohne den kein gutes Parfüm hergestellt werden kann, braucht man drei Tonnen Rosenblätter. Das Verfahren ist ganz einfach, es ist das gleiche, mit dem die Bauern in unseren Dörfern manchmal noch Rakija — Branntwein — destillieren. Dagegen sind das Ziehen der Rosen, die Bearbeitung der Plantagen und die Ernte der Blütenblätter mühsam. Unsere Rosen blühen nur 25 Tage im Jahr, angefangen von Mitte Mai. Pflücken darf man sie nur frühmorgens, bei Tau, sonst verlieren sie bis Mittag mehr als die Hälfte ihres Öls. Eine Person kann nur 40, höchstens 60 kg Rosen am Tag pflücken. Aber wir scheuen die Mühe nicht. Wer bückt sich denn nicht, wenn das Bücken die Mühe wert ist? Unser Rosenöl kostet heute auf dem Weltmarkt ja doppelt soviel wie Gold."



Der Beginn der Rosenernte ist ein Fest. Die erste Rose wird ins Haar gesteckt

Foto Sofia-Press

Seiner Erzählung und Gesprächen mit seinen Kollegen entnahm ich noch viel Wissenswertes über die Kasanlyker Rose.

Im 17. Jahrhundert aus Persien eingeführt, gewann sie in Bulgarien ihre zweite Heimat. Klima und Boden sagten ihr zu, und bald darauf wurde das Rosenpflanzen zur Hauptbeschäftigung der Bewohner dieses Gebiets. Im zweiten Weltkrieg wurden fast die ganzen Rosenpflanzungen vernichtet. Die Chemiefirmen Hitlerdeutschlands, die hier mit dem Segen des bulgarischen monarchistisch-faschistischen Regimes schalteten und walteten, taten alles, damit das hiesige Rosenöl ihren künstlichen Duftessenzen keine Konkurrenz bieten konnte.

Heute nehmen die Rosenpflanzungen rund 2000 ha, so gut wie das ganze Tal, ein. Man pflanzt die Rosen nicht nur für die Parfümindustrie des In- und Auslandes (Bulgarien führt Rosenöl nach mehr als 30 Ländern aus). Die Rosen haben sich nämlich als sehr heilkräftig erwiesen. Rosenwasser schützt z. B. vor einigen allergischen Erkrankungen. Es hilft bei Gastritis, Gallen- und Nierenleiden. Der sogenannte Konkretextrakt aus Rosenöl hat sich bei einigen Hautkrankheiten als unersetzlich erwiesen. Atanassow fährt fort:

„In unserem Landkreis sind zwei Agrar- und Industriekomplexe gebildet worden, die auf den Anbau der Rosen spezialisiert sind. An unserem Institut geht das Züchten zweier neuer Rosenarten ihrem Ende entgegen. Wir haben sie ‚Iskra' und ‚Sweshen' genannt. Beide sind stark ölhaltig. Wir erwarten, dank ihnen den Hektarertrag um ungefähr 50—80% steigern zu können."

Mit Gütezeichen „K"

Wie schnell sich die bulgarische Industrie entwickelt, das ist bekannt. Heute stellt sie in einem knappen Monat genau so viele Maschinenbauerzeugnisse her wie vor 5—6 Jahren in einem ganzen Jahr.

Jedes Mal, wenn wir auf die rasche Entwicklung des Landes und seine wirtschaftlichen Erfolge zu sprechen kommen, ziehen die bulgarischen Freunde kurze Zeitspannen wie 5, seltener wie 10—15 Jahre bei Vergleichen heran. Kaum die Vorkriegszeit, und das ist auch begreiflich, denn da müßte man ja Unvergleichbares vergleichen.

Der industrielle Fortschritt hat auch Kasanlyk nicht übergangen. Vor der Befreiung ein Landstädtchen mit kaum 20 000 Einwohnern, bekannt nur durch seine kleinen Öldestillationen, ist Kasanlyk heute eine große Industriestadt.

Im Stadtparteikomitee machte man mir folgende Angaben über die industrielle Produktion pro Kopf der Einwohnerschaft. Damit nimmt Kasanlyk den ersten Platz in der Republik ein. Was das Produktionsvolumen angeht, so steht es damit an zehnter Stelle, wenn es mit der Zahl seiner Einwohner unter den bulgarischen Städten auch erst an 19. Stelle kommt.

Die Erzeugnisse einiger Betriebe der Stadt sind auch im Ausland gut bekannt. Die Bohr- und Fräsmaschinen aus der Maschinenfabrik „Friedrich Engels" z. B. gehen nach 80 Ländern. Einen guten Ruf haben auch die Erzeugnisse der anderen Kasanlyker Betriebe: der Textilfabrik „Dimitr Blagojew", der Maschinenfabrik „Bontscho Schanow" und des Betriebs „Hydraulika", der hydraulische und pneumatische Baugruppen für verschiedene Zwecke herstellt.

In dem letztgenannten Betrieb wird nach den neuesten Erkenntnissen der in- und ausländischen Wissenschaft und Technik gearbeitet, wovon ich mich selbst überzeugen konnte. „Hydraulika" war einer

der ersten Betriebe, die das von dem bulgarischen Wissenschaftler Angel Balewski, Mitglied der Akademie, entwickelte Verfahren des Gießens mit Gegendruck anwandten, das eine wahre Revolution in den Vorstellungen der Fachkräfte aller Länder von den Möglichkeiten einer Metallbearbeitung in Preßformen herbeiführte. Die Lizenz auf die bulgarische Erfindung haben bereits viele Länder angekauft.

„Das Interesse für die jüngsten Neuheiten in Wissenschaft und Technik ist bei uns nicht Selbstzweck", sagt Jordan Lasarow, der Leiter des Betriebs. „Wir müssen ja mit möglichst großem Nutzeffekt produzieren, und unsere Erzeugnisse müssen Weltniveau haben. Die meisten tragen schon jetzt das Gütezeichen ‚K', das bedeutet, daß diese Erzeugnisse über dem anerkannten Weltstandard liegen. Auch die Produktion nimmt in den letzten Jahren rasch zu. Lieferte unser Betrieb 1965 nur für 8 Mio Lewa Waren, so werden es dieses Jahr 6mal soviel sein. Unsere hydraulischen und pneumatischen Baugruppen gehen in großen Partien nach der UdSSR. Wir wiederum bekommen von den sowjetischen Freunden hochproduktive Bearbeitungsanlagen, die wir so dringend brauchen. Unsere Zweigstelle im Dorfe Schipka bei Kasanlyk wird jetzt z. B. mit automatischen Drehbänken des Leningrader Automatenwerks eingerichtet."

Der Wind vom Busludsha

Das Tal von Kasanlyk kennt man weit über Bulgariens Grenze hinaus, und nicht nur wegen der Rosen und der jetzt in vielen Ländern geschätzten Erzeugnisse der hiesigen Betriebe. Das Gebiet versinnbildlicht gewissermaßen den Weg, den Bulgarien zur Freiheit zurückgelegt hat. Noch jetzt singt und sagt man hier von der heroischen Vergangenheit.

Ständig besucht sind das großartige Denkmal der russisch-bulgarischen Waffenbrüderschaft auf dem Schipka, die Denkmäler der im antifaschistischen Aufstand von September 1923 Gefallenen, die Obelisken und Basreliefs auf dem Berge Busludsha, wo Hadshi Dimitr, der Held des nationalen Freiheitskampfes des bulgarischen Volkes, den Tod fand und wo im zweiten Weltkrieg tapfere Partisanen in Gefechten gegen die Faschisten fielen.

Demnächst entsteht auf dem Busludsha, der oft ein Bruder des Schipka genannt wird, noch ein Denkmal, ein großer Komplex zur Erinnerung an eins der bedeutendsten Ereignisse im Leben des bulgarischen Volkes: an die Gründung der marxistischen Partei. Hierher, auf den Busludsha, führte Dimitr Blagojew, vor den Zarenspitzeln untertauchend, auf Geheimpfaden seine Gesinnungsgenossen, um am 2. August 1891 den Gründungsparteitag abzuhalten.

Die Umrisse dieses Komplexes sind schon zu erkennen. Betrachtet man sie von dem genau gegenüber liegenden Schipka-Paß aus, so errät man im Geflecht der Stahlbewehrung schon einige Details. Wie das Ganze werden wird, das erkennt man vorläufig nur an dem Modell. Und doch kann man schon jetzt sagen, daß die Bauleute keine leichte Aufgabe haben.

„Hier, 1440 m über dem Meeresspiegel, ist die Witterung für die Bauarbeiten schwierig", erzählt der Leiter des Projekts, Architekt Georgi Stoilow. „Der Busludsha ist öfter als die anderen Gipfel der Stara Planina in Gewitterwolken gehüllt, auf ihm kann es noch im Mai schneien. Meteorologen haben einmal die Geschwindigkeit eines Orkans auf dem Busludsha gemessen. Die Geräte zeigten 224 Stundenkilometer an. Der einzigartige Bau ist also ein ständiger Kampf mit den Naturgewalten."

Die jetzige Generation und ihre Nachkommen wird die Gedenkstätte daran erinnern, daß Bulgarien den Weg zur sozialistischen Revolution hier, auf dem Busludsha, antrat.

Den 33. Jahrestag der Revolution begeht Bulgarien in der Blüte seiner Kräfte. Überall im Land sind günstige Veränderungen eingetreten. Kurz nach der Befreiung Bulgariens sagte Georgi Dimitroff, das Land müsse in 10—12 Jahren soviel leisten, wie manche Völker in hundert Jahren geleistet haben. Das ist eingetroffen. Heute erfüllt die Heimat dieses großen Mannes eine grandiose soziale und politische Aufgabe: Sie baut die entwickelte sozialistische Gesellschaft auf. Ihr wirtschaftliches, wissenschaftliches und technisches Potential nimmt zu, Stadt und Land kommen vorwärts, ebenso der Mensch im neuen Bulgarien.

Penka Genowa, die erste Sekretärin des Stadtparteikomitees, ist in Kasanlyk geboren und hat meistens hier gelebt. Sie ist noch jung. Die ersten Tage der Freiheit im Jahre 1944 und den Einzug der sowjetischen Soldaten in der Stadt erlebte sie als Kind. Aber das Geschick dieser Frau und aller, die ihr nahestehen, wurde offenbar von den größten Ereignissen der letzten 100 Jahre in der Geschichte Bulgariens beeinflußt. Ihr Großvater erzählte vom Befreiungskampf gegen die Türkei, davon, wie er, im Dikkicht am Hang des Busludsha verborgen, die Teilnehmer des denkwürdigen Parteitages schützte und in den Wald hineinlauschte, ob nicht ungebetene Gäste im Anzuge seien. Ein Onkel der Parteisekretärin, der Kommunist Dimtscho Astadshow, gehörte im zweiten Weltkrieg zu den Organisatoren des bewaffneten Kampfes der Aufständischen in der Gegend von Kasanlyk gegen die Faschisten.

Viele der heldenhaften Kämpfer haben den Sieg nicht erlebt. Die ersten, die zum Angriff und in den Tod gingen, waren Kommunisten. Sie sind auch jetzt die Avantgarde. Zu allem, was das Land und jedes Gebiet, jede Stadt, jedes Dorf geleistet haben und worauf sie stolz sein können, hat die BKP sehr viel beigesteuert. Das Volk bringt ihr größtes Vertrauen entgegen. Penka Genowa sagt:

„Ich möchte Ihnen ein paar Zahlen nennen. Kasanlyk hat 60 000 Einwohner. Von den Erwachsenen sind 13% Mitglieder der BKP. Recht viel, nicht wahr? Für besonders wertvoll halten wir es, daß sich die Jugend von der Partei angezogen fühlt. Unter den Neuaufnahmen des letzten Jahres waren 8 von je 10 unter 30 Jahre alt. Was zieht sie in die Partei? Marx sagte doch schon, wer andere beeinflussen wolle, der müsse selbst mit gutem Beispiel vorangehen."

Die bulgarischen Kommunisten haben mit Taten bewiesen, daß sie sich schon immer an diesen Grundsatz halten: im Kampf und beim Aufbau, bei der Erfüllung der schwierigsten Aufgaben. Sie scheuen keine Mühe, um für ein glückliches Dasein ihrer Mitmenschen zu schaffen. Das sehen sie als ihre Pflicht und Schuldigkeit an.

„ZÜGELLOSE WIRTSCHAFT"

S. ANDREJEW

Als schmaler Streifen ziehen sich am Nil smaragdgrüne Felder hin, die sich von der Wüstenlandschaft klar abheben. Es heißt, daß Ägypten eine Gabe des Nil ist. Der große afrikanische Strom spendet Menschen und Feldern das Leben. Die Zahl der Menschen wird jedoch immer größer, die bestellte Saatfläche kaum.

Diese Sachlage ist relativ neu. Nach Angaben der Zeitung *Al-Ahram* entfielen 1897 pro Einwohner Ägyptens ca. 0,7 Feddan fruchtbaren Bodens (1 Feddan = 0,42 ha), 1975 aber nur noch 0,3 Feddan. Deshalb ist die Nahrungsmittelversorgung der 39-Millionen-Bevölkerung Ägyptens heute ein äußerst akutes Problem.

Seinerzeit war Ägypten die Kornkammer des Römischen Reiches. Auch noch zur Zeit des zweiten Weltkriegs ernährte das Land nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch die große britische Armee. Gegenwärtig muß Ägypten Lebensmittel einführen, und dies in zunehmenden Ausmaßen. Da aber das Jahreseinkommen pro Kopf der Bevölkerung rd. 100 ägyptische Pfund beträgt, sieht sich die Regierung gezwungen, die stabilen Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel zu stützen. Solche Subventionen beliefen sich 1975 auf 642 Mio ägyptische Pfund, alle Einnahmen aus dem ägyptischen Export dagegen auf 548,6 Mio Pfund.

Ein weiteres Problem ist die Knappheit der inländischen Ressourcen und das unablässige Sinken des Anteils des Bruttosozialproduktes, der der Akkumulation zugeführt wird. Das bewirkt eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums. Mitte der 60er Jahre betrug dieser Anteil 16%, 1975 aber verbrauchte das Land um 2% mehr, als es produzierte. Davon schrieb die Zeitschrift *Rose el-Youssef*.

Die Folge sind das Anwachsen des Haushaltsdefizits, eine ausgesprochene Einfuhrspitze im Außenhandel und eine Inflation, die bis um 30% im Jahr zunimmt.

Die Wirtschaftsprobleme werden noch dadurch kompliziert, daß Dorfeinwohner massenhaft in die Städte abwandern, wo heute fast die Hälfte der Landesbevölkerung lebt. Die Ursache sind die agrarische Übervölkerung und die Landarmut. Laut *Al-Gumhuria* sind 60% der Einwohner von Kairo erst vor kurzem aus dem Dorf hinzugekommen.

Zudem hat sich Ägypten von den Verlusten infolge der israelischen Aggression von 1967 nicht erholt. Der Gesamtschaden beträgt 16 Md. ägyptische Pfund. Da der Kriegszustand andauert, konzentriert Ägypten seine Mittel in den letzten Jahren vor allem auf die Verteidigung, was sich auf Industrie, Landwirtschaft und Infrastruktur negativ auswirkt.

Infitah bedeutet offene Tür

Wie beabsichtigt die Regierung, diese Probleme zu lösen?

In dem im Mai 1974 veröffentlichten „Oktoberdokument" wurde zum erstenmal amtlich die Infitah-Politik (Politik der offenen Türen) formuliert. Die Idee bestand darin, die westliche Technologie mit den arabischen Erdölkapitalen und der ägyptischen billigen Arbeitskraft zu verbinden. Ein „Wirtschaftswunder" wurde vorhergesagt, das dem Land aus der schweren Lage heraushelfen sollte. Doch stellten sich Schwierigkeiten gleich nach der Billigung des „Oktoberdokumentes", im September 1974, ein, als das Gesetz über arabische und ausländische Investitionen und die Anlegung von Freizonen erlassen wurde.

Seitdem sind drei Jahre vergangen, die zu bestimmten Schlüssen berechtigen. Wer die wirkliche Sachlage nicht kennt, könnte meinen, die Geschäftsaktivität nehme zu. Zahlreiche neue Läden, Cafés und Handelsfirmen mit ausgezeichneten modernen Office sind entstanden. Auf dem einheimischen Markt, hauptsächlich im Handel, sind tatsächlich einige Kapitale in Erscheinung getreten. Sie stammen aus dem eisernen Bestand von ehemaligen Großfeudalen und Großkapitalisten, aber auch von Neureichen, Kaufleuten, Schiebern, Maklern und sonstigen Vermittlern, die in Ägypten die „parasitäre Bourgeoisie" genannt werden. Das sind Leute, die sich an der Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols und an gesetzwidrigen Abmachungen mit den korrumpierten Elementen im Staatsapparat und in der Leitung des staatlichen Wirtschaftssektors gesundgestoßen haben. In ihren Taschen landen zu einem beträchtlichen Teil die staatlichen Nahrungsmittelsubventionen. Außerdem überweisen die in den arabischen Erdölländern arbeitenden Ägypter ihr Geld in die Heimat, das weitgehend ebenfalls in den unproduktiven Bereich kommt.

In der Luft liegt der erregende Odor einer leichten und raschen Bereicherung, die Preise klettern in den Himmel, alles wird verkauft, alles ist zu kaufen. In Port Said, das zu einer „Freizone" erklärt wurde, florieren die Schieber, die Gebrauchtkleider aus Kommissionsläden Europas in Riesenmengen ausgeführt haben und nun um die Wette feilbieten.

Davon, was die Infitah-Politik im Handel dem Lande gebracht hat, schrieb vor kurzem die einflußreiche ägyptische Zeitschrift für Ökonomik *Al-Ahram al-Iktisadia:* „Wir können überhaupt nicht begreifen, warum ... das Tempo des Exports von Konsumwaren bedeutend über, das des Exports von produktionsbestimmten Waren dagegen unter dem vorgemerkten liegt. Dieses Problem wächst sich zu einer Tragödie aus... Es ist nicht nur eine wirtschaftliche Gefahr, weil alle Entwicklungsversuche vereitelt werden. Viel größer ist die soziale und politische Gefahr, daß der Arme ärmer und der Reiche reicher wird."

1976 wurden von den geplanten Investitionen von 1,35 Md. Pfund wegen Mittelknappheit nur 950 Mio realisiert. Das Bruttosozialprodukt wuchs in jenem Jahr nur um 4%.

Im Februar d. J. sagte Hamid al-Saih, Minister für Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenarbeit, in einem Interview für die Zeitung *Akhbar al-Yom:* „Entwicklung ist für uns eine Frage von Leben und Tod. Erreichen wir nicht mindestens ein 7- bis 8prozentiges Wirtschaftswachstum im Jahr, so wird das Nationaleinkommen infolge des Bevölkerungszuwachses nicht

steigen." Die *Al-Ahram* ihrerseits faßte die Ergebnisse der drei Jahre Infitah wie folgt zusammen: „In dieser Zeit wurden 86 Objekte ihrer Bestimmung übergeben, davon nur 49 Industriebetriebe, der Rest sind Banken, Einrichtungen des Fremdenverkehrs, Wohnungen. Sie haben den Ägyptern 5770 Arbeitsstellen gesichert und produzieren Erzeugnisse für rd. 50 Mio Pfund."

Alles in allem recht bescheidene Resultate, zumal die ausländischen Kredite und Anleihen nach veröffentlichten Angaben 5 Md. Pfund erreichen; zudem sind sie bisher bei weitem nicht alle realisiert. Dabei hat Ägypten Erfahrungen in einer viel effektiveren Nutzung der Geldmittel.

Und obwohl es in der ägyptischen Presse vor Zahlenangaben über künftige Projekte wimmelt, bleiben die meisten davon vorläufig auf dem Papier. Indessen hat sich die parasitäre Handelstätigkeit zum vorherrschenden Zug der Infitah-Politik entwickelt. Vor dieser Gefahr haben viele Wirtschaftsexperten gewarnt.

Die Kontrolle bleibt aus

Ezzat Geidan, Vorsitzender des Generalrats des Handelskammernverbands, der die Tätigkeit des privaten Sektors koordiniert, schrieb in der *Al-Akhbar* und der *Al-Ahram:* „Alle Zügel locker lassen und der Kapitalbewegung volle Freiheit zu gewähren, bedeutet, die Tür nach dem Westen weit aufzumachen..." Die Inhaber der neuerdings eröffneten Stoff-, Konfektions- und Schuhläden sind meist Ausländer, obwohl die Läden formal als ägyptisch gelten, weil die Eröffnungsgenehmigung Strohfiguren erhalten, die selbstverständlich beteiligt werden.

Mohammed Lutfi, Berater im Investitionsamt, charakterisiert das Handels-Infitah folgendermaßen: „Als ausländischen Waren Tür und Tor geöffnet war, hat das dem Handel einen unverhältnismäßig weiten Raum in der nationalen Wirtschaft eingeräumt. Er ist zu einer raschen Bereicherungsquelle geworden und verursacht Zersetzung und Korruption. Importiert werden vor allem Luxusartikel." (Oder, wie ein anderer ägyptischer Ökonom, Lutfi Abdel Azym, Chefredakteur von *Al-Ahram al-Iktisadia*, schrieb, Gegenstände des „provokatorischen Verbrauchs".)

Im Lande sind recht einflußreiche Kreise entstanden, die das Infitah eigennützig verstehen. Über diese Kreise meinte die *Al-Ahram:* „Die Geschäftswelt ist von hohen Beamten — zwei ehemalige Ministerpräsidenten, 22 Exminister, Dutzende Direktoren staatlicher Gesellschaften, stellvertretende Minister, Exgouverneure usw. — mit Beschlag belegt worden. Die Abmachungen werden größtenteils durch Vermittlung dieser Männer getroffen, die auch noch die größten Auslandsgesellschaften in Ägypten repräsentieren."

Die „offenen Türen" im Handel und die Überschwemmung des ägyptischen Marktes durch ausländische Waren ziehen schon spürbare sozialökonomische Folgen nach sich. Die Importwaren konkurrieren die ägyptischen Industrieerzeugnisse immer häufiger nieder, wie die Zeitschrift *al-Talia* bezeugt. Die Lagervorräte an unabsetzbaren einheimischen Erzeugnissen — Rohren, Möbeln, Gummi-, Textil-, Wirk-, Glaswaren und Transistoren — nehmen zu.

Da die „Zügel locker gelassen" sind, kümmert sich der private Sektor um die in den 60er Jahren verabschiedeten Arbeits- und Einstellungsgesetze gar nicht. Faktisch unterliegt seine Produktion keiner Kontrolle mehr. Der Brotfladen wiegt weniger als Norm, die Schuhqualität entspricht nicht den geltenden Standards, in der Weberei hält der private Sektor keine Normen ein und denkt nicht daran, die Produktion zu entwickeln. Die Kapitalisten benutzen die staatlichen Finanzvergünstigungen, nicht um die Ausrüstungen zu erneuern, sondern um einträgliche Mietskasernen zu bauen. „Und all das bei fehlender Preiskontrolle", schreibt die *Al-Ahram.*

Die staatsmonopolistischen Kreise des Westens verfolgen diese Entwicklung aufmerksam. Ihren strategischen Zielsetzungen entspricht genau die Infitah-Politik. Über die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wirken sie darauf hin, die wirtschaftliche und soziale Struktur Ägyptens umzuwandeln, u. a. den staatlichen Sektor durch den privaten verdrängen zu lassen. Die Leute, die die Ägyptenpolitik der USA mitbestimmen, planen die Wirtschaftsschwierigkeiten ein. Sie wissen, daß der Privatunternehmer im Unterschied zu den großen staatlichen Firmen schwach, den multinationalen Konzernen gegenüber sogar ohnmächtig ist. Sollte der private Sektor an erste Stelle in der nationalen Wirtschaft rücken, würde das letztlich ihre Unterordnung unter ausländische Gesellschaften bedeuten.

Obwohl mehrere Gesetze und Beschlüsse den westlichen Monopolen beträchtliche Vergünstigungen gewähren, beeilen sie sich nicht mit dem Bau großer moderner Industriebetriebe. Die internationalen Banken haben die entstandene günstige Konjunktur sofort wahrgenommen. Etwa 30 davon haben in Kairo Niederlassungen eröffnet. Ihre zunehmenden Aktivitäten bedrohen bereits die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ägyptens. Anstatt neue Kapitalanlagesphären ausfindig zu machen und große volkswirtschaftliche Projekte zu finanzieren, entwickeln diese Banken eine erfolgreiche Konkurrenz mit den schwerfälligen ägyptischen Finanzanstalten. Ihr Ziel ist es, die Einlagen den nationalen Banken abzuwerben und die Situation wieder herbeizuführen, die vor der Nationalisierung der 60er Jahre bestand, d. h. das Wirtschaftsleben des Landes wieder unter Kontrolle zu nehmen.

Haushaltsmetamorphosen

Ende 1976 setzten sich die Regierung und die von ihr gebildete Wirtschaftsgruppe unter Abdel Moneim Kaissouni, Stellvertreter des Ministerpräsidenten für Finanz- und Wirtschaftsfragen, gemäß den Empfehlungen der IBWE das Ziel, das Defizit der Zahlungsbilanz um jeden Preis zu senken, vor allem durch Kürzung der Subventionen für Lebensmittel und Massenbedarfsartikel. Anfang 1977 verlautete es, das Defizit sei auf 150 Mio Pfund herabgedrückt worden, aber nach den Januarereignissen mußte die Regierung erneut Subventionen für einige Lebensmittel einführen, und das Defizit stieg auf 400 Mio Pfund. Abermals griff die Regierung zu Anleihen und zur Auslandshilfe. Die Kredite und die Hilfe der USA beliefen sich 1977 auf insgesamt 2,4 Md. Dollar, und die 1,5-Md.-Anleihe der sogenannten Organisation des Persischen Golfs zur wirtschaftlichen Stimulierung Ägyptens, die Saudi-Arabien, Kuweit, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate gründeten, wurde benutzt, um die recht beschwerlichen kurzfristigen Anleihen zu einem Zinsfuß von15 bis 18% im Jahr (aufgenommen hauptsächlich zum Nahrungsmittelankauf)

in langfristige mit niedrigerem Zinsfuß zu überführen.

Anfang Juli erklärte Kaissouni, das Haushaltsdefizit könne in diesem Jahr 1,1 Md. ägyptische Pfund oder noch mehr erreichen. Ferner sagte er, daß der Verbrauch viel rascher als die Investitionen wachse, die Planauflagen der Wirtschaftsgruppe nicht erfüllt würden und die gesamte Wirtschaftspolitik auf ökonomischen Beschlüssen herrscht. Die Straßen Kairos sind dermaßen von Wagen überfüllt, daß der Verkehr jeden Augenblick zu stocken droht, und selbst US-Fachleute für Straßenverkehr empfahlen, die Ausstellung von Wagenimportlizenzen für mindestens zwei Jahre einzustellen, veröffentlicht Handels- und Versorgungsminister Zakariya Tawfiq plötzlich einen Erlaß, der den



Blick auf Kairo und den Nil
Foto TASS

dem Spiel stehe. Das schlug wie eine Bombe ein. Die *Al-Ahram al-Iktisadia* meinte ironisch:

„Es wäre nicht schlecht, wenn der Handelsminister die Liste der größten Importeure ‚provokatorischer' Verbrauchsgüter veröffentlichte. Vielleicht kämen wir dann dahinter, wie sie die von der Wirtschaftsgruppe eingeführten Planauflagen für den Import untergraben." Und weiter: „Es ist bedauerlich, daß alle Verhältnisse im Lande die Einfuhr von produktionsbestimmten Waren und Rohstoffen stören. Das Kapital strebt ja raschen Gewinn an, und keine andere Sphäre sichert ihn so rasch wie die Verbrauchsgüter, besonders die ‚provokatorischen'. Kein Wunder, daß die Regierung den Handel begünstigt und die Produktion ignoriert, wovon das bestehende Steuergesetz und ein neuer Gesetzesentwurf zeugen (der letztere ist in der Volksversammlung steckengeblieben). Der Entwurf kehrt sich überhaupt nicht an die wirtschaftlichen Verhältnisse Ägyptens."

Die Zeitschrift führt den Kfz-Import als überzeugendes Beispiel für den Wirrwarr an, der in den Wagenimport erleichtert und sogar zur Einfuhr von zwei Wagen statt des einen berechtigt.

Warten auf das Wunder

Verschiedene Kreise Ägyptens äußern heute Besorgnis über das Planungsproblem. Das tut auch der Minister für Planung, der wiederholt über die bedeutende Verzögerung in der Erfüllung des neuen Fünfjahrplans sprach, mit der man noch 1976 beginnen wollte und von der es jetzt heißt, sie solle 1978 eingeleitet werden.

In den drei dicken Bänden, die die Planbegründung bildet, ist die Strategie der Planung sehr unbestimmt angegeben. Die *Rose el-Youssef* fragt: „Wo bleibt da die Festlegung der Politik in den Fragen Lebensstandard, Löhne und Einkommen, wer hat den Vorrang, die Werktätigen oder die Kapitalinhaber?" Die Mindestlöhne in Ägypten betragen nur 12 Pfund im Monat — bei einem offiziellen Lebensminimum von 18 Pfund. Nicht von ungefähr lehnten die Volksversammlung und das ZK der Arabischen Sozialistischen Union eine solche Planungsstrategie ab, weil sie „die sozialen Aspekte des Fortschritts, die Aufgaben und Errungenschaften auf diesem Gebiet nicht beinhaltet" und „die Notwendigkeit der sozialen Gerechtigkeit und der Einebnung der Unterschiede zwischen den Klassen" nicht berücksichtigt.

Die Zeitschrift betont, daß die wichtigsten Voraussetzungen für eine planmäßige Wirtschaftsentwicklung vernachlässigt werden. Aus diesem Grund sind die Rollen des staatlichen und des privaten Sektors vertauscht, wird die zentrale Wirtschaftsmacht geschwächt, angeblich um „die Leitung zu vervollkommnen und eine Dezentralisierung vorzunehmen". Noch komplizierter wird das Ganze wegen des Beschlusses, die staatliche Kontrolle über den Außenhandel völlig abzuschaffen und dem ausländischen Finanzkapital volle Handlungsfreiheit ohne wirksame Kontrolle zu geben. Ämter, die als Bindeglied zwischen den staatlichen Gesellschaften und als Planstellen für sie fungierten, sollen ebenfalls abgeschafft werden.

Der Fünfjahrplan ist weitgehend auf ausländische Finanzierungsquellen orientiert. Wie *Economist* (London) meint, könnte Ägypten bis 1980 seine Einnahmen aus dem Fremdenverkehr auf 350 Mio Dollar und aus dem Erdöl auf eine Milliarde Dollar bringen. Der Export von Arbeits- und Fachkräften in die anderen arabischen Länder werde dem Land 400—800 Mio Dollar und der Suezkanal werde nach seiner Erweiterung und Vertiefung 800 Mio Dollar im Jahr bringen.

Kann all das, selbst wenn sich diese Hoffnungen erfüllen, die schwere Krise der ägyptischen Wirtschaft überwinden, werden die heutigen parasitären Erscheinungsformen des Handels-Infitah und die allmähliche Unterordnung der Landeswirtschaft unter die Multis die Entwicklung des Landes nicht unterminieren? Nur die Zeit wird darauf antworten. Inzwischen wartet man weiter auf das „Wirtschaftswunder", wie die westliche Presse feststellt, und der einfache Ägypter hat es immer schwerer.

HEISSE THEMEN

Boris TSCHECHONIN

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit steht seit Wochen die Parlamentsdebatte im Bundesparlament in Canberra. Seit Wochen toben in dem zweigeschossigen Haus, das mitten auf einer riesigen Wiese im Schatten der Bäume liegt, im holzgetäfelten Saal die Leidenschaften. Die oberste Legislative diskutiert Fragen, deren Lösung nach Meinung der hiesigen Presse das Leben der fast 14 Millionen Einwohner in hohem Maße bestimmen wird.

Eines der wichtigsten und wohl „explosivsten" Themen der Debatte, das in Presse und Fernsehen laut kommentiert wird, ist der Versuch der Liberalen und der Agrarpartei (Regierungskoalition), im Parlament neue arbeiterfeindliche Gesetze durchzubringen.

Als Abkehr von den demokratischen Normen im Bereich der Arbeitsverhältnisse beurteilen die australischen Gewerkschaften eines dieser neuen Gesetze, das das Bundesparlament auf Antrag der Regierungskoalition eben angenommen hat. Die Zeitung *Australian* nennt es einen Cousin des Taft-Hartley-Gesetzes, das in den USA in Kraft ist. Gemäß dem neuen Gesetz ist 300 000 Beamten das Streikrecht genommen worden. Wenn sie sich an derartigen Arbeitskonflikten beteiligen, drohen ihnen nun Geldstrafen, Gehaltsentzug bzw. Entlassung. Das neue Gesetz ist nur eine der Regierungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaften. Premierminister Malcolm Fraser erklärte im Parlament, seine Regierung werde eine härtere Regelung der Arbeitskonflikte in der Industrie treffen und neue außerordentliche Artikel in die Arbeitsgesetzgebung aufnehmen.

Woraus erklärt sich die Offensive der Koalitionsparteien auf die gewerkschaftlichen Rechte? Paul Monroe, der dem Rat der Verbände der Staatsbeamten vorsteht, sagte: „Das provokatorische Gesetz soll von der destruktiven Wirtschaftspolitik der Regierung ablenken."

Das stimmt, wenn es auch sicherlich nicht der einzige Grund ist. In den ersten anderthalb Jahren ihres Amtierens hat die Regierung Fraser gezeigt, daß sie ihr Wahlversprechen, „den Wiederaufbau der Wirtschaft zu fördern", nicht einlösen kann. Als weniger wirklichkeitsfremd hat sich der Vorbehalt aus denselben Wahlzeiten erwiesen: „Das Leben wird alles andere denn leicht sein." Zwar behaupten die Kabinettsmitglieder heute beharrlich, schon gehe es bergauf, aber die Regierung hat die Wirtschaftslage noch immer nicht bessern können. Die steigenden Außenschulden, die Inflation, die Arbeitslosigkeit sind nur einige der Mißstände, die den Australiern in dieser Zeit das Leben noch mehr erschwert haben.

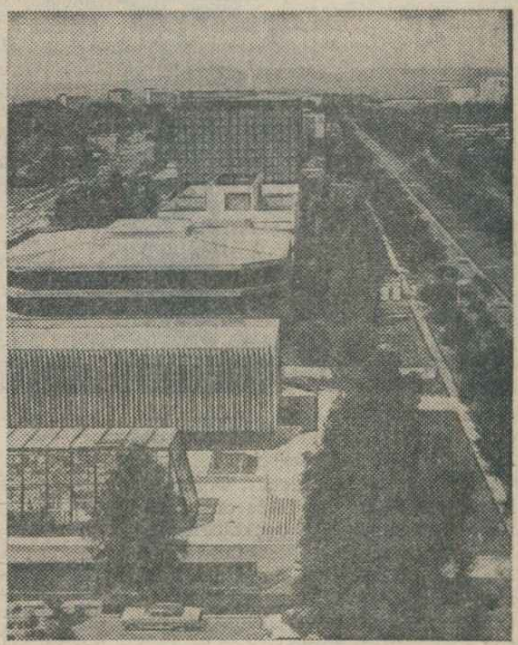
Die Inflationsrate erreichte im Finanzjahr 1976/77 die Rekordhöhe von 14%, im neuen Finanzjahr wird ein weiterer Anstieg erwartet.

Seit die Regierungskoalition 1976 an die Macht kam, ist die Arbeitslosenzahl um 30% gestiegen und nimmt weiterhin katastrophal zu. Im Juli d. J. betrug die Anzahl der amtlich registrierten Erwerbslosen über 337 000, das sind 67 000 mehr als im vorigen Jahr.

Die Aussichten? Laut statistischen Prognosen wird das Land Anfang 1978 eine halbe Million Arbeitslose zählen, was in seiner Geschichte präzedenzlos ist. Zur Lage auf dem Arbeitsmarkt sagte der Führer der Labouristen Gough Whitlam im Nationalen Presseklub, die australische Wirtschaft mache eine tiefe Krise durch, die das volle Fiasko von Frasers Politik bedeute. Selbst wenn man von dieser polemisch zugespitzten Erklärung des Oppositionsführers einen Abstrich macht, muß man zugeben, daß Whitlam genügend Gründe für eine solche Erklärung hat.

Doch ist die Wirtschaft nicht die einzige Ursache der arbeiterfeindlichen Regierungspolitik. Das Kabinett sucht offenbar, die Werktätigen zu Gegenaktionen zu provozieren, um dann im Laufe des Streikkampfes den Gewerkschaften die Schuld „am Wirtschaftschaos im Lande" zuschieben zu können. Dieses politische Manöver der Konservativen ist voll und ganz durch Wahlerwägungen diktiert. Der allgemeine Proteststreik gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung, den die Gewerkschaften vorbereiten, wird der Regierungskoalition, wie sie glaubt, die Möglichkeit geben, in Presse und Fernsehen Lärm zu schlagen und in Voraussicht der Parlamentswahlen von 1978 politischen Gewinn daraus zu ziehen.

Der Dreh ist nicht neu. Ich habe in Australien schon erlebt, wie die konservative Regierung die poli-



In der City von Canberra

Aus „Australian Handbook"

tisch zurückgebliebenen Wähler auf diese Weise immer wieder betrog. Bei den Parlamentswahlen 1972 hat diese erprobte Methode jedoch versagt. Damals untergrub der reale Zusammenbruch der Wirtschaftspolitik der Liberalen und Agrarier die Wahlpositionen der Regierungskoalition und führte erstmalig seit etwa 20 Jahren zum Sieg der Labourpartei.

Ein weiteres Moment fällt unbedingt ins Gewicht, wenn man die Ursachen der forciert arbeiterfeindlichen Politik der Regierung untersucht: Sie vertritt die Interessen des Big Busineß im In- und Ausland. Zwischen März 1976 und März 1977 allein stiegen die Regierungsinvestitionen in Privatunternehmen um 7%, und genau soviel machte der Rückgang der Investitionen in staatlichen Unternehmen aus. Den multinationalen Monopolen — ihnen gehören die Kontrollaktienpakete von mindestens 50% der großen Unternehmen des Landes — paßt der Streikkampf der Gewerkschaften natürlich nicht. Der Ausfall an Arbeitstagen, der lange Aufenthalt von Schiffen mit Rohstoffen für die USA und für Japan in den australischen Häfen sind den Multis ein Vorwand für die Forderung, die australischen Gewerkschaften „auf dem Gesetzeswege" zur Räson zu bringen. Das wird von Canberra in letzter Zeit immer nachdrücklicher verlangt, besonders im Zusammenhang mit dem Kampf der Gewerkschaften und der Labouristen gegen die beabsichtigte Wiederaufnahme des Uranexports.

Der Aufschrei des kleinen Mädchens, das die Polizeipferde bei der „Anti-Uran-Demonstration" der Gewerkschaften in Melbourne im Juli zertrampelten, die Proteste von 50 000 Australiern, die die Petition über das Verbot des Uranexports unterschrieben haben, wirken sich nun auf die Parlamentsdebatte aus, in der die Opposition den Regierungsbeschluß über die Wiederaufnahme von Urangewinnung und -export verurteilt.

Die Diskussion um Uran ist die Fortsetzung eines alten Streites im Parlament. Als die Labouristen 1972—1975 an der Macht waren, führten sie ein Moratorium über die Gewinnung und den Export von Uran ein, dessen Vorkommen in Australien 20% der Weltvorräte ausmachen. Der Labouristenkongreß im Juli zeigte erneut, daß sie auch als Oppositionspartei an ihrer früheren Politik festhält. Die Labouristen betonten, daß sie dabei von dem Gedanken an den Umweltschutz und von der Befürchtung ausgehen, der Kernrohstoff könnte in atomwaffengierige Hände geraten. Der Beschluß der konservativen Regierung, das Verbot der Labouristen ungeachtet der Forderungen der Öffentlichkeit aufzuheben, gehört jetzt zu den akutesten politischen Problemen Australiens.

Nach Ansicht der Gewerkschaften werde der Uranexport nicht nur die Umwelt des fünften Kontinents, sondern auch das politische Weltklima negativ beeinflussen.

Auf der in Hiroshima im August abgeschlossenen internationalen Konferenz für das Verbot von A- und H-Waffen wurde festgestellt, daß zwischen dem Uranexport, den rätselhaften Plutoniumverlusten in den USA und Großbritannien sowie dem weltweiten Ausbreiten der Kernwaffen ein direkter Zusammenhang besteht.

Aufmerken lassen auch die Pläne, den Uranexport in die BRD stark zu steigern. Laut Euratom-Angaben wird Bonn bis 1985 etwa 7000 t Uran ankaufen, zum größten Teil in Australien. In einem Kommentar zum kürzlichen Australienbesuch des BRD-Wirtschaftsministers Friderichs schrieb die *Canberra Times*, bei den Verhandlungen sei auch der Uranexport erörtert worden. Die Presse weiß zu berichten, daß das Uran als Gegenleistung für die Ausrüstung der australischen Armee mit westdeutscher Militärtechnik exportiert werden solle: Australien werden 15 westdeutsche Patrouillenschiffe für 80 Mio Dollar und mehr als 100 Leopard-Panzer für 100 Mio Dollar in Aussicht gestellt.

In diesen Tagen erklären die australischen Konservativen im Parlament immer wieder, Urangewinnung und -export seien für die Sicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen „absolut notwendig". Wie plump solche Rechtfertigungen sind, zeigt die Reaktion der breiten australischen Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften, die gegen die arbeiterfeindliche Gesetzgebung, die Inflation, die Arbeitslosigkeit und die Uranexportpläne kämpfen, werden heute von Tausenden Einwohnern von Melbourne, Sydney, Canberra, Launceston und anderen Städten Australiens unterstützt.

■

BIOGRAPHISCHES

AM 3. SEPTEMBER WURDE IN NIKOSIA DER PRÄSIDENT DER REPUBLIK ZYPERN, SPYROS KYPRIANOU, VEREIDIGT



Spyros Kyprianou

Geboren am 28. Oktober 1932. Von Beruf Anwalt. Aktive Beteiligung am politischen Leben schon während des Jurastudiums in England. Von 1954 bis 1959, als die Zyprioten um die Unabhängigkeit von der englischen Kolonialverwaltung kämpften, vertrat Kyprianou inoffiziell Erzbischof Makarios in London und New York.

Nachdem Zypern 1960 unabhängig geworden war, wurde Kyprianou zum Außenminister ernannt und blieb es 12 Jahre. Im September 1976 wurde er zum Vorsitzenden des Repräsentantenhauses (eines Einkammerparlaments) von Zypern gewählt, und nach dem Ableben von Erzbischof Makarios übernahm er laut Verfassung die Obliegenheiten des Präsidenten der Republik.

Im August 1977 nominierten die im Parlament vertretenen Parteien der griechischen Gemeinde Kyprianou zum Kandidaten für die Präsidentschaft. Da keine anderen Kandidaten aufgestellt wurden und Kyprianou bei den Volksmassen starken Rückhalt genießt, wurde er am 31. August ohne Wahlen zum Präsidenten der Republik Zypern erklärt.

Spyros Kyprianou ist ein konsequenter Anhänger der Politik, die der verstorbene Präsident betrieb. Was eine Regelung der Angelegenheiten Zyperns betrifft, so ist er dafür, daß sie im Sinne der von der UNO gefaßten Zypern-Resolutionen erfolgt.

FIDSCHIS FLIEGENDE FÜCHSE

Oleg IGNATJEW

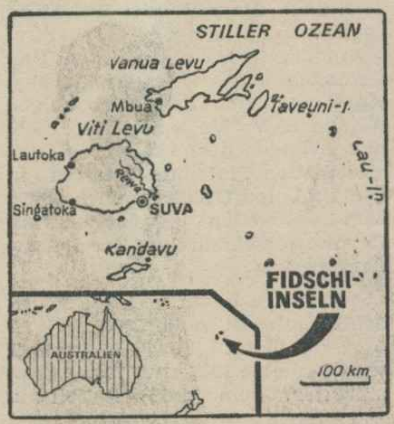
An der Gaffel flattert die Staatsflagge von Fidschi. Im Rahmen eines Forschungsprogramms auf den Inseln und Atollen des südwestlichen Pazifik lief unser Schiff, die „Kallisto", Viti Levu, die größte der 350 Fidschiinseln, an. In Suva, der Landeshauptstadt, sollten wir Proviant, Trinkwasser und Brennstoff aufnehmen.

Am Stadtrand von Suva steht die Süd-Pazifik-Universität, deren Gäste die Forscher der „Kallisto"-Expedition einige Tage waren. Sie wird von Beiträgen der unabhängigen Inselstaaten der Region unterhalten, aus denen die rund 1500 Studenten kommen.

Wir waren zu einem kleinen Empfang eingeladen, bei dem wir die Lehrkräfte und Wissenschaftler kennenlernen sollten. Es war wunderbar gemütlich, und gewiß nicht dank der Jagona allein. Was das ist?

Am Eingang des Saals, in dem der Empfang veranstaltet war, stand auf einem Tischchen eine Holzschale mit gelblicher Flüssigkeit und einer Schöpfkelle darin. Jeder Ankömmling erhielt ein Glas mit dem Getränk, das etwa wie stark verdünnter Apfelsaft schmeckt.

Als ich am nächsten Tag mit dem Kameramann Viktor Babajew auf den berühmten Basar von Suva ging, wo er Genreszenen aufnehmen wollte, sahen wir an einem Stand auch so eine Schale mit Schöpfkelle. Ja, das war das berühmte polynesische Getränk Jagona (auch Kawa oder Awa genannt), dem Zauberkraft zugeschrieben wird und das auf den Südseeinseln bei keiner religiösen oder anderen Zeremonie fehlen darf. Das **Hawaii Medical Journal** schrieb, die Jagona verursache „einen euphorischen Zustand, in dem der Geist ungetrübt bleibt. Man wird ruhig, aufgeschlossen und unempfindlich für äußere Reize. Ist die Dosis groß genug, so



schläft man ein und schläft traumlos mehrere Stunden. Nach dem Erwachen fühlt man sich ganz frisch und spürt keinerlei unangenehme Nebenwirkungen." Zur Zeit werden die Eigenschaften des aus den Wurzeln einheimischer Pflanzen hergestellten Getränks klinisch untersucht.

Der Basar von Suva ist für Touristen wohl der stärkste Anziehungspunkt, besonders der Teil, in dem die Buden mit Andenken stehen. Die meistgefragten sind schwarz angestrichene Holzmasken mit der Inschrift „Fidschi". Hier kann man aber auch wirklich seltene Muscheln, z. B. sogenannte Goldkauri, finden, die bei Sammlern besonders geschätzt sind. Auf dem Basar gibt es ferner Schildpatterzeugnisse, auch





Ein fliegender Fuchs ◆ Die Süd-Pazifik-Universität ◆ Eine Maske entsteht

Fotos W. Semjonow

Taschen und Hüte aus hübschem Strohgeflecht. Unter der Hand wird einem manchmal die Schale einer Tritonmolluske angeboten, die nicht gefangen werden darf, weil sie die als Dornenkronen bekannten Seesterne vertilgt. Diese Seesterne vermehren sich unglaublich schnell und sind zu einer Plage der

Koralleninseln geworden. Ganze Kolonien von ihnen fressen die Korallen fort, so daß die Inseln ohne ihre Riffe schutzlos der Brandung ausgesetzt sind. Die Wellen waschen ihre Ufer aus, und diese veröden.

Gleich am ersten Tag schickte die Leitung der Universität Autobusse in den Hafen, mit denen unsere Forscher Ausflüge machen sollten. Eine Gruppe trat eine 24stündige Rundfahrt um die Insel an. Die zweite



wollte in eine Gegend, etwa 60 km von Suva entfernt, um im Wald Bodenproben zu nehmen und Pflanzen für Herbarien zu sammeln. Die dritte, zu der auch ich gehörte, wollte in eins der kleinen Dörfer am Reva, dem größten Fluß der Insel.

Am Stadtrand von Suva hielten wir, um den von den Wissenschaftlern der Universität empfohlenen Dolmetscher mitzunehmen. Er war ein etwa 60jähriger Mann mit Vollbart und gutmütigem Blick. Mit einem breiten Lächeln stellte er sich vor: „Dmitri Nikolajewitsch Obolenski."

Ein Name, der im vorrevolutionären Rußland recht bekannt war. Die zweitälteste Tochter Leo Tolstois, Maria, heiratete einen Fürsten Nikolai Leonidowitsch Obolenski. Sie starb 1906, und der Fürst heiratete Natalia Michailowna Suchotina, die Stieftochter Tatjanas, einer anderen Tochter Tolstois. Unser Dolmetscher entpuppte sich als der Sohn dieses Fürsten und seiner zweiten Frau. Er kam 1916 auf dem Gut Pirogowo, das den Tolstois gehörte, zur Welt. Als er noch klein war, nahm ihn der Vater ins Ausland mit. Vor ungefähr 30 Jahren kam Dmitri nach Australien und siedelte später nach Ozeanien über, wo er in Dorfschulen unterrichtete. An der Universität Suva hielt er mehrere Jahre lang einen Vortragszyklus über russische Literatur, darunter über Tschechow, Dostojewski und natürlich Leo Tolstoi, mit dessen Familie er ja, wenigstens durch seinen Geburtsort, verbunden ist.

Eine belustigende Episode: Vor einigen Jahren brauchte er eine Geburtsurkunde, ging zur sowjetischen Botschaft in Australien, und der Konsul versprach, die Urkunde aus dem Dorf Pirogowo anzufordern — er könne sie bekommen, falls dort die Kirchenbücher aus der Zeit vor der Revolution erhalten geblieben seien —, und er bekam auch wirklich sehr bald im Konsulat eine Kopie aus Pirogowo.

Als Dolmetscher, aber auch als Mensch gefiel er unseren Forschern sehr, sie luden ihn abends auf die „Kallisto" ein, und er aß in der Messe zusammen mit allen vergnügt Abendbrot. Obolenski erzählte uns, er hoffe, auf einer Fidschiinsel eine Lehrerstelle zu bekommen und dort zu unterrichten, solange er noch kann, denn an der Universität hält er keine Vorlesungen mehr, und er müsse sich etwas verdienen, weil man von der Rente nicht leben könne.

Wir wollten in einem Boot mit Außenbordmotor flußaufwärts fahren. Im Programm für Touristen von den Hochseeschiffen stand der Besuch „des typischen Fidschi-Dorfs Tamavua, drei Meilen von Suva entfernt, Besichtigung von Dorfhütten, Teilnahme an der Zeremonie der Jagona-Zubereitung; den Gästen werden auch Nationaltänze mit Gesang geboten". Dahinter stand im Reiseprospekt der Preis für eine Führung, und drei- oder viermal täglich stiegen die Ausflügler in die am Hafen wartenden Autobusse, und es ging los in den „Alltag von Fidschi", der als Attraktion für sie aufgemacht war. Das sah so aus:

In einem Tal einige mit Palmwedeln gedeckte Hütten, seitlich ein länglicher Bau, aus dem Trommelwirbel und Gesang zu hören waren. Drinnen saßen auf Bänken die in drei Autobussen angekommenen Touristen, und vorn in dem langen Raum tanzte auf einem kleinen Podium, von Schlagzeug begleitet, eine Gruppe „typischer Dörfler von Fidschi" in Nationaltracht. Hin und wieder sprang ein begeisterter Zuschauer auf, lief zum Podium, reihte sich unter die feurigen Tänzer ein und bemühte sich ohne sonderlichen Erfolg, es ihnen gleichzutun. Das Ganze machte einen etwas krampfhaften Eindruck, als wollten sich die Gäste für ihre Dollars partout amüsieren.

In den Hütten bereiteten die Frauen das Essen zu. Rings um sie krochen die kleinen Kinder auf Matten herum. Als wir in eine Hütte hineinsahen, wurden wir von den Bewohnern gar nicht beachtet. Sie sind es anscheinend gewöhnt, den Touristen als Sehenswürdigkeit vorgeführt und von diesen eifrig geknipst zu werden.

Der Fremdenverkehr ist in Fidschi wirklich groß aufgemacht,

denn er bringt dem Staat ja auch viel ein.

Am linken Ufer der Reva zieht sich eine Chaussee hin, und wir erblickten auf ihr von Zeit zu Zeit Autobusse mit Touristen. Etwa 20 Meilen weiter war die Chaussee zu Ende. Wir aber wollten nicht halten, sondern uns ein Dorf ansehen, in das keine Führungen veranstaltet werden.

Ein Stückchen weiter begannen an beiden Ufern Bananen-, Zukkerrohr- und Kokospflanzungen. In der Ferne zeigten sich, von leichten Wolken umhangen, bläuliche bewaldete Berge. Auf dem Fluß herrscht nicht viel Verkehr. Selten einmal kommt ein Boot mit Kokosnüssen vorbei, und einmal schnitt uns ein Motorboot kurz den Weg ab. Es setzte Schulkinder über. Unser Begleiter, der fidschianische Mikrobiologe Joe Vitinavulagi, sagte, dort befinde sich eine Schule, und die Dorfkinder vom anderen Ufer müßten vor und nach dem Unterricht übergesetzt werden.

Hin und wieder sahen wir Frauen angekleidet bis zur Hüfte im Wasser stehen. Als wir näher kamen, tauchten sie lachend und kreischend ganz unter. Sie hatten eine dicke graue Lehmschicht auf den Gesichtern, aus der nur die Augen und die schönen Zähne hervorblitzten. Sie sammelten Weichtiere, die den Miesmuscheln ähneln. Die Gesichter beschmieren sie sich zum Schutz gegen die sengende Sonne.

Ungefähr zwei Stunden später legten wir bei dem Dorf Nakini an. Joe ließ uns etwas warten, er wolle den Dorfältesten suchen und ihn — das ist hier so üblich — um die Besuchserlaubnis bitten. Nach wenigen Minuten war er wieder da und sagte, wir sollten ihm folgen.

Nakini ist ein kleines Dorf mit etwa 400 Einwohnern. Viele Männer arbeiten in Suva und kommen nur am Wochenende nach Haus. Das Dorf hat eine Grundschule und natürlich eine Kirche, die sich von den Bauernhäusern nur durch ihre Größe unterscheidet.

Der Dorfälteste, Solomone Koroiwaka, führte uns durchs Dorf und zeigte uns die kleinen Felder und die Gärten. Auf dem Dorfplatz erblickten wir zu unserer Verwunderung sorgfältig aufgestapelte Bierflaschen. Sie seien vom Neujahrsfest übrig, das Motorboot, das sie abholen müßte, sei noch nicht dagewesen. Für leere Flaschen bekommt man Geld, und ein Bauer wirft nichts fort, was Geld einbringt.

Obwohl viele Einwohner von Nakini in der Stadt arbeiten, leben die Leute doch hauptsächlich von der Landwirtschaft. Viti Levu hat sehr fruchtbaren Boden. Nicht weit vom Haus des Ältesten zeigte man uns eine Versuchsparzelle mit kleinen Zitronenbäumen. Wie man mir sagte, kann man schon fünf Monate, nachdem man das Samenkorn eingepflanzt hat, Zitronen ernten. Ein großer Teil der Gärten ist mit den dort sehr verbreiteten Taros bepflanzt. Die Parzellen sind von Kokospalmen umgeben. Der Erlös aus dem Verkauf der Kopra wird für gemeinnützige Zwecke verwendet. Unlängst hat man dafür in Nakini eine Pumpe gebaut sowie den Motor, die Rohre und den Wasserpfosten angeschafft, auf den die Dorfbewohner stolz sind, obwohl nur ein einziger Wasserhahn für alle da ist.

Im Dorf herrscht Ordnung und Sauberkeit. Die Rasenflächen zwischen den Häusern sind gemäht, an allem merkt man, daß die Leute auf Ordnung halten. Auch in den Häusern ist es sehr sauber und gemütlich.

Zur Mittagszeit lud uns Solomone zu einem Imbiß ein. Seine Frau hatte schon gedeckt — auf dem Fußboden hatte sie über einer Matte das Tischtuch ausgebreitet und Teller mit gekochtem Maniok, Tarofrüchten und Weichtieren aufgetragen. Wir steuerten zum Mahl Weißbrot und zwei Büchsen Schweinebraten bei.

Erst in der Dämmerung kehrten wir an Bord der „Kallisto" zurück. Unsere Botaniker hatten ihr Herbarium wesentlich vervollständigt. Zum Unterschied von den Wäldern, an die wir gewöhnt sind, kann man auf den Fidschiinseln auf kleinen Flächen 25—30 Pflanzen verschiedenen Alters antreffen. Einheimische Kollegen halfen den sowjetischen Botanikern, ihre Ausbeute zu klassifizieren.

Auch die „Rundreisenden" hatten Glück gehabt. Sie sahen einen riesigen Schwarm fliegender Füchse, die bei uns nicht vorkommen. Die Flügel mancher Exemplare haben einen ganzen Meter Spannweite. Unsere Kollegen überboten sich im Erzählen darüber, wie Hunderte dieser mit braunem Fell bedeckten Tiere mit schweren Flügelschlägen über ihnen flatterten.

DISKUSSION MIT DEM LESER

In Ihrer Zeitschrift wie in anderen sowjetischen Presseorganen stößt man oft auf Artikel, die den Zionismus und die Zionisten scharf kritisieren. Aber ist das richtig! Können doch Attacken gegen den Zionismus objektiv dazu beitragen, daß der Antisemitismus aufloderl.

Jean Pierre JOLLY
Paris



Es diskutiert der stellvertretende NZ-Chefredakteur Vitali TSCHERNJAWSKI

Leider sind Sie einem Irrtum aufgesessen. Der Kampf gegen den Zionismus und der Antisemitismus sind völlig verschiedene Dinge. Zudem möchte ich, um es vorwegzunehmen, sagen, daß der Antisemitismus für die Zionisten von Vorteil ist und sie ihn weitgehend für ihre Zwecke ausnutzen: Die Zionisten bezichtigen alle, die den Zionismus als Ideologie verwerfen und die Machenschaften der Zionisten entlarven, des Judenhasses, selbst jene, die nur die israelische Aggressionspolitik ablehnen.

Doch, um der Reihe nach vorzugehen: Was ist eigentlich der Antisemitismus? „Antisemitismus nennt man die Verbreitung von Feindschaft gegen die Juden" — so charakterisierte Lenin bereits 1919 sehr deutlich diese soziale Erscheinung. Er betonte: „Den Haß der von Not gepeinigten Arbeiter und Bauern wollten die Gutsbesitzer und Kapitalisten auf die Juden lenken. Auch in anderen Ländern hat man nicht selten Gelegenheit zu sehen, daß die Kapitalisten Feindschaft gegen die Juden schüren, um den Blick des Arbeiters zu trüben, um seine Aufmerksamkeit von dem wirklichen Feind der Werktätigen — vom Kapital — abzulenken."

Die sowjetischen Kommunisten, die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung nahmen stets eine stark ablehnende Klassenposition gegenüber dem Antisemitismus ein. Ich möchte nur zwei Beispiele anführen, zwischen denen ein halbes Jahrhundert liegt. Die Delegierten des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale im Jahre 1920 nannten die „zionistische Affäre in Palästina" ein deutliches Beispiel für den Betrug der werktätigen Klassen der unterdrückten Völker, der mit den vereinten Anstrengungen der Imperialisten der Entente und der Bourgeoisie der unterdrückten Völker begangen wurde. In den Dokumenten der internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, die 1969 in Moskau stattfand, hieß es, daß der Antisemitismus gerade von den reaktionären Kräften geschürt und von ihnen für die politische Desorientierung der Massen genutzt wird.

Ebendeshalb machen die Zionisten nach wie vor von billigen politischen Betrugsmanövern Gebrauch, indem sie die Kommunisten als Antisemiten bezeichnen, um so der Kritik seitens der Kommunisten zu begegnen. In Wirklichkeit, so paradox das auch zuerst scheinen mag, können sich gerade die Zionisten eine Verwirklichung ihrer Pläne ohne den Antisemitismus nicht vorstellen. Nicht von ungefähr lehrte einer der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl schon Ende des 19. Jahrhunderts: „... Der Antisemitismus als starke und eher unterbewußte Macht wird den Juden nicht schaden. Ich halte ihn für eine Bewegung, die für die Entwicklung der jüdischen Individualität nützlich ist." Ein anderer Führer des Zionismus, Ben Gurion, viele Jahre israelischer Regierungschef, sagte, das beste Mittel, die Juden im Ausland zur Emigration nach Israel zu veranlassen, sei es, die schlimmsten Formen des Antisemitismus zu verbreiten. Und wirklich organisierten zionistische Emissäre in den letzten drei Jahrzehnten wiederholt antisemitische Propagandakampagnen. Unwiderlegbare Beweise wurden publik, daß gerade Agenten zionistischer Geheimdienste Synagogen anzündeten und andere Provokationen gegen die werktätigen Juden in den USA, Argentinien, Marokko und Ägypten verübten.

In einigen kapitalistischen Ländern hinterläßt das Treiben der Zionisten seine Spuren: z. B. in den USA. Vor einigen Jahren wurde in den Vereinigten Staaten eine Untersuchung zum Antisemitismus im heutigen Amerika durchgeführt. Die Ergebnisse sind aufschlußreich: Nur 16% der Befragten erwiesen sich als völlig frei von antisemitischen Vorurteilen. Und als nach Angaben des bekannten Harris-Meinungsforschungsinstituts (New York) amerikanische Juden gebeten wurden, sich zum Antisemitismus in den USA zu äußern, erklärten 56%, es gäbe antisemitische Vorurteile. Zahlreiche Fakten, die in der amerikanischen Presse veröffentlicht wurden, berechtigen zu der Behauptung: In den USA ist die Diskriminierung von Juden im Berufsleben, bei der Wohnungssuche, an Universitäten und Colleges weit verbreitet.

Ich habe Ihre Aufmerksamkeit auf diese Tatsachen, die ich dem **New York Times Magazine, Newsweek** sowie anderen amerikanischen Zeitschriften und Zeitungen entnommen habe, gelenkt, um Sie nicht nur davon zu überzeugen, wie gefährlich der Zionismus ist, sondern auch um zu zeigen, daß der Zionismus nach wie vor nicht ohne den Antisemitismus bestehen kann. Und da unter den heutigen Bedingungen der Zionismus die Hauptursache dafür ist, daß der Haß gegen die Juden geschürt wird, führt der Kampf gegen die Zionisten objektiv nicht zu einer Verstärkung des Antisemitismus, was Sie befürchten, sondern im Gegenteil zu seiner endgültigen Beseitigung.

NZ POST

Für uns ist der 9. September, der Geburtstag des neuen Bulgarien, das größte Fest. Am Vorabend erinnerte ich mich an jenen Tag des Jahres 1941, als wir vom treubrüchigen Überfall Hitlers auf die UdSSR erfuhren. Damals versammelten wir uns unter Leitung eines Lehrers aus dem Nachbardorf. Er schlug einen Plan vor, der, so paradox das auch klingen mag, uns nicht merkwürdig erschien: dafür zu agitieren, daß die Bauern das Getreide verbrannten, das Vieh abschlachteten und das landwirtschaftliche Gerät zerstörten. Den Aggressoren sollte nichts in die Hände fallen! Wir und alle, die wir dazu aufriefen, verstanden, daß dies zur Zeit die einzige Möglichkeit war, unseren russischen Brüdern zu helfen, die an den Fronten des Großen Vaterländischen Krieges schwer kämpfen mußten.

Nejko PETKOW
Harmanli, Bulgarien

Die Washingtoner Politiker, die von „aggressiven Absichten" der Sowjetunion faseln, machen sich selbst lächerlich. Man braucht nicht viel von der Sowjetunion zu wissen, doch leicht versteht man, daß ein Staat, der sich um das Wohl seines Volkes kümmert und seine Beziehungen zu anderen Völkern nach den Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz und des proletarischen Internationalismus gestaltet, natürlich den Frieden will! Allein eingefleischte Lügner können dem sozialistischen Sowjetstaat aggressive Absichten unterstellen.

Jan PIEGL
Prag

Schon viele Jahre gehöre ich der Freundschaftsgesellschaft Großbritannien—UdSSR an. Bereits zweimal konnte ich die Sowjetunion besuchen. Zu gern würde ich ein weiteres Mal mit meinen Kindern in Ihr Land fahren. Doch bislang sind die Aussichten nicht sehr groß: Schon über ein Jahr bin ich als Ingenieur mit großer Berufspraxis arbeitlos. Es bleibt mir nur, meinen Kindern über Ihr Land zu erzählen. Die Erfolge bei der Verwirklichung des grandiosen Programms des kommunistischen Aufbaus in der Sowjetunion geben auch Ihren ausländischen Freunden neue Kraft.

Dennis MILNER
Newbury, Großbritannien

PS

Spiel mit dem Feuer

Die Leitung einer Londoner Streichholzfabrik lehnte einen Auftrag über 5000 Souvenirschachteln ab, den eine Organisation unter dem Namen „Demokratische Jugendgemeinschaft Europas" geben wollte. Diese Organisation, die eng mit den Tories liiert ist, hatte gefordert, daß auf den Streichholzschachteln Etiketts mit der Aufschrift „Burn a Red" („verbrenne einen Roten") aufgeklebt sein sollen. Der Vertreter dieser Organisation wollte das durch ein Wortspiel erklären. Doch der Fabrikschef John Cox bezeichnete das als Provokation.

Nonsens-Preis



Der Verband der weiblichen Angestellten der amerikanischen Stadt Cleveland stiftete einen ironischen Preis „für den blödsinnigsten Auftrag" ihrer Chefs. Mit dem ersten Preis wurde ein Boß ausgezeichnet, der das Rauchen aufgegeben hat und jetzt dafür Mohrrüben kaut. Ständig schickt er seine Sekretärin in den Gemüseladen. An zweiter Stelle landete die Gesellschaft Universal Film Exchanges: Die Telefonapparate bei den weiblichen Mitarbeitern funktionieren so, daß die Frauen anders als ihre männlichen Kollegen nur Anrufe beantworten, doch nicht selbst wählen können.

Auf den Bauch gefallen



Anfangs lief alles wie am Schnürchen — die Einbrecher drangen in den Büroraum einer Fabrik in der norwegischen Stadt Vang ein, brachten Dynamit unter dem Safe an und suchten in Erwartung einer kleineren Explosion im Nachbarzimmer Zuflucht. Doch es bumste derart, daß die Fabrik einstürzte: Wie sich herausstellte, enthielt der Safe gleichfalls Dynamit. Großer Schaden entstand, und ein Gangster wurde schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Sein Komplize kippte, um sich zu trösten, anständig einen hinter die Binde, wurde dann wegen Trunkenheit am Steuer festgenommen und plauderte Einzelheiten dieses Überfalls aus.

Geschäft mit Witzen

In den USA gibt es eine Firma, die Witze auf Bestellung liefert. Zu ihren ständigen 3000 Kunden gehören neben der Chase Manhattan Bank und dem Riesenkonzern Anaconda große wie kleine Firmen, ja selbst Lebensmittelgeschäfte. Auf einen Auftrag hin stellt der Haupthumorist Robert Orben eine Liste der entsprechenden Anekdötchen zusammen, die in Reden eingeflochten oder in der Werbung angewandt werden können.

Falsche Diplomaten

Der von den RSA-Rassisten geschaffene Pseudostaat Transkei ist international fast völlig isoliert. Daraus wollte der Münchner Geschäftsmann Ernst Jürgen Wienold Kapital schlagen. Obgleich die Bundesrepublik die Transkei nicht offiziell anerkennt, bot Wienold seine Dienste als „Interessenvertreter" dieses „Staates" an. Die Machthaber der Transkei griffen das Angebot freudig auf und bevollmächtigten den cleveren Schieber, neben der Bundesrepublik auch in Österreich und der Schweiz zu „wirken". Doch eh sich Wienold versah, da hatte er schon einen Konkurrenten — den Industriellen Frank Sprenger aus Hagen —, der gleichfalls behauptet, er vertrete die Interessen der Transkei. Eigentlich ist allen klar, daß beide „Diplomaten" genauso unecht sind wie der „Staat" selbst. Und trotzdem können sie bei manchen im Westen mit Verständnis rechnen.

Gangstermemoiren



Viele Gangster in den USA, die zu langjährigen Haftstrafen verknackt wurden, wirken jetzt erfolgreich als Schriftsteller. Mördern und Sittenstrolchen bringt das fette Honorare und Publicity. Doch im Staate New York wurde kürzlich angeordnet, daß alle derartigen Honorare künftig an einen Sonderfonds gehen werden, aus dem die Gangsteropfer eine Entschädigung erhalten sollen. Angesichts der steigenden Kriminalität in den USA und der vielen Memoirenschreiber im Kittchen wird dieser Fonds recht solide sein.

Hell die Gläser klingen...

Der zunehmende Alkoholverbrauch ist in Japan zu einem ernsten Problem geworden. Zwei Millionen werden in einer kürzlichen Untersuchung als Alkoholiker eingestuft. 60% von jenen, die zu tief ins Glas schauen, sind Angestellte. An das Saufen haben sie sich bei Geschäftskonferenzen gewöhnt, bei denen meist einer über den Durst gehoben wird.

Sprung ins Eheleben



Les Winn aus der amerikanischen Kleinstadt Toppenish, der schon 124 Fallschirmsprünge hinter sich hatte, wollte eine Bitte seiner Braut erfüllen — zur Eheschließung ... vom Himmel hoch zu kommen. Winns 125. Sprung wäre fast sein letzter gewesen. Nachdem er gesprungen war, entdeckte er, daß sich der Hauptschirm nicht geöffnet hatte. Doch glücklicherweise entfaltete sich der Ersatzschirm. Aber der Bräutigam wurde durch einen Windstoß etwas zur Seite getrieben und verfing sich in einer Baumkrone. Der Zweig, an dem er hängenblieb, brach, und er landete einem seiner Freunde auf dem Kopf. Nachdem die Leidtragenden wieder zu sich gekommen waren, ging die Hochzeitsfeier weiter.

Zeichnungen O. Tesler

ИЛ-62



**NEUE, 100.
AEROFLOT-LINIE:**

Moskau — Lusaka (Republik Sambia)
ab 4. September 1977

Die Route

MOSKAU — BUDAPEST — LUANDA — LUSAKA

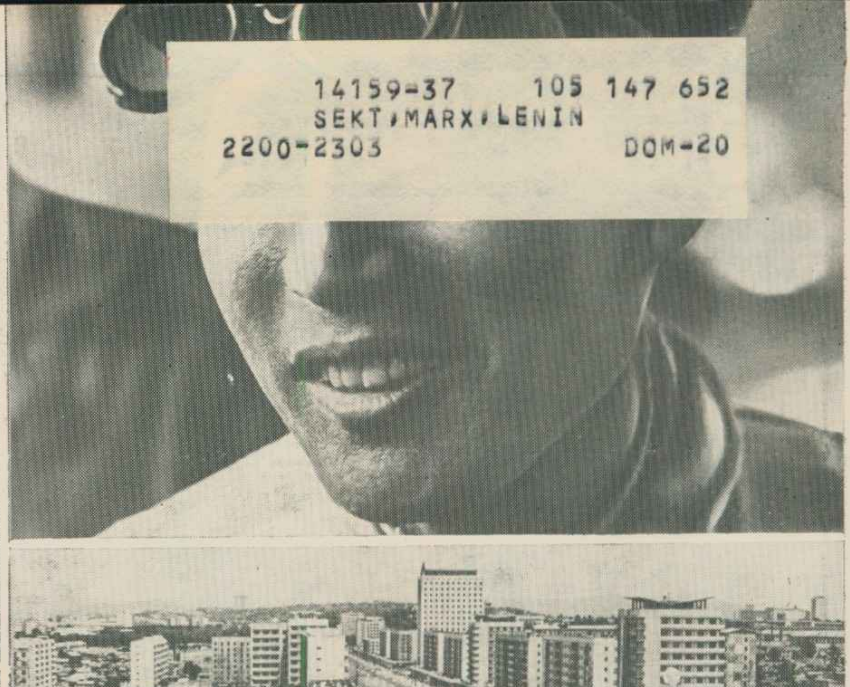
wird von der IL-62 beflogen

Geschwindigkeit, Komfort, traditionelle russische Gastfreundschaft an Bord.

Näheres über den Flugplan bei den Aeroflot-Vertretungen in ihrem Land.

GLÜCKLICHE REISE!




14159-37 105 147 652
SEKT.MARX.LENIN
2200-2303 DOM-20







Im Objektiv: KVDR

Auf dem Moranbong-Berg in Pjöngjang erhebt sich ein Monument, das von einem fünfzackigen Stern gekrönt ist und die eingemeißelten Worte trägt: „Ewiger Ruhm der großen Sowjetarmee, die das Volk Koreas von den japanischen Imperialisten befreit und ihm den Weg zur Freiheit und Unabhängigkeit gebahnt hat! 15.8.1945." Drei Jahre später, am 9. September 1948, läutete vom Moranbong eine Glocke, die die Entstehung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik verkündete.

Die KVDR von heute ist ein sozialistischer Industriestaat, was eine große Errungenschaft seiner Werktätigen ist. Die Städte und Dörfer der Republik haben ein neues Antlitz, die im Kriege von 1950—1953 zerstörte Hauptstadt ist wiederaufgebaut und wird immer schöner.

Unsere Bilder: Auf der Tschhonlim-Straße in Pjöngjang ◆ Hüttenwerker Hon Sun Ho ◆ Im Musikzirkel des hauptstädtischen Pionierpalastes ◆ Neubauviertel in Pjöngjang ◆ Schwerlastzug mit Gütern für die Volkswirtschaft

Fotos TASS

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
Индекс 70624

„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ